

nachrichten

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

4

VI. Jahrgang

Friedrichshafen, 1. April 1966

Einzelpreis 0,75 DM

25 21395 E

Vor einigen Wochen hatte die US-Regierung mit großem Aufwande eine Vietnam-„Friedensoffensive“ gestartet, die sich als ein Täuschungsmanöver der Weltöffentlichkeit erwies: Sie brachte keinen Frieden für Vietnam; vielmehr endete sie mit dem erhöhten Einsatz der US-Armee und einem verstärkten Bombenterror gegen Nordvietnam. Nun hat sich auch die Bundesregierung mit einer Friedensnote an 115 Regierungen in der Welt gewandt, um ihre Vorschläge zur Abrüstung und Sicherung des Friedens darzulegen. Der Eindruck, als wenn die Friedensaktion der Bundesregierung weniger dem Frieden dient als vielmehr der Rechtfertigung einer falschen und gefährlichen Politik, ist aber offensichtlich. Insofern drängt sich die Parallele mit der US-Friedensaktion auf.

Der Inhalt der Friedensnote unterscheidet sich nicht im geringsten von dem, was die Bundesregierung bisher zu den verschiedensten Anlässen gesagt hat. Sie redet jetzt auch wieder von dem Verzicht, eigene Atomwaffen herzustellen. Aber was heißt das angesichts der Tatsache, daß der Außenminister der Bundesregierung, Schröder, den bundesdeutschen NATO-Freunden damit gedroht hat, Atomwaffen zu kaufen, falls die Wünsche der Bundeswehr-Generale nach Verfügungsgewalt über die NATO-Atomwaffen nicht erfüllt würden?

Friedensnote - aber keine Friedenspraxis

Auch was die Note der Bundesregierung zur Frage der Entspannung zu erklären hat, ist ein alter Hül. Die Behauptung, man könne in Europa nicht zu einer politischen Entspannung kommen, wenn nicht vorher die Deutschlandfrage gelöst wäre — das heißt natürlich im Sinne der Bundesregierung gelöst —, ist ebenso falsch wie die in der Note ausgedrückte Erwartung, die Bundesrepublik möchte mit Polen in gutnachbarliche Beziehungen treten, ohne Anerkennung der Grenzen von 1945. Es ist umgekehrt: Die Deutschlandfrage kann nur gelöst werden, wenn die Bundesregierung ernsthafte Schritte zur Entspannung in Europa unternimmt, und das Verhältnis zu Polen und zu den östlichen Nachbarn wird sich erst dann bessern, wenn sie endgültig darauf verzichtet, die bestehenden Grenzen zu revidieren.

Beim genauen Hinsehen entpuppt sich die Aktion der Bundesregierung als ein neuer Versuch, ihre alte Politik ins Gespräch zu bringen. Die Reaktion im Ausland zeigt auch, daß die Friedensnote nicht ernst genommen wird. Abgesehen davon, daß sie im Osten als reine Propaganda abqualifiziert wird, ist auch in der westlichen Welt neben einigen Höflichkeitsfloskeln die politische Skepsis deutlich zu spüren. Daß die USA freundschaftliche Worte für die Friedensnote der Bundesregierung finden, ist nicht weiter verwunderlich. Sie erwarten auf der anderen Seite dafür eine Fortsetzung der Unterstützung durch die Bundesrepublik für ihren Krieg in Vietnam.

Die vornehmste Aufgabe der Bundesrepublik zur Sicherung des Friedens aber findet in der Note überhaupt keine Erwähnung: Nämlich die Herstellung vernünftiger und sachlicher Beziehungen zwischen den beiden deutschen Teilstaaten. Ein Nichtangriffspakt zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der Verzicht beider deutscher Teilstaaten auf Besitz und Verfügungsgewalt über Atomwaffen, das wäre ein wirklicher Schritt zum Frieden.

87

■ Nun spricht man miteinander	2
NATO und weiße Elefanten ...	3
■ Ringen um Notstandskonzept des DGB	4
Arbeiterkonferenz mit neuen Tönen	6
Erfolgreicher Delegationsaustausch	8
■ Am 1. Mai: Es geht um Mitbestimmung	9
Keine Stabilisierung der Preise	12
Die Wirtschaft demokratisieren	15
■ Das Dilemma an der Ruhr bleibt	17
Die Stellung der Gastarbeiter ..	20

EINBILDUNG

Der Afrika-Reisende, Bundespräsident Heinrich Lübke, hat den Erfolg seiner Tour durch den schwarzen Kontinent damit begründet, daß die von ihm besuchten Regierungen den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik für alle Deutschen anerkannt hätten.

Das war etwas leichtfertig von den Gastgeberinnen Lübke, denn der Bundesgerichtshof hat jetzt in einem Urteil festgestellt, aus dem Anspruch der Bundesrepublik, als Nachfolgerin des Deutschen Reiches allein vertretungsberechtigt zu sein und als solche auch in der „Sowjetzone“ zu gelten, könne man keinen Rechtsanspruch herleiten. Es handelte sich hierbei nur um eine politische Deklaration, eine in der Praxis wirkungslose Erklärung.

Soweit der Bundesgerichtshof. Und um diese „wirkungslose Erklärung“ von den Afrikanern „bestätigen“ zu lassen, finanziert der Steuerzahler Auslandsreisen unseres Bundespräsidenten.

okulus

Nun spricht man miteinander

In die innerdeutsche Erstarrung ist Bewegung geraten

DGB-Erklärung zur Wiedervereinigung von 1957 aktuell

Die Initiative der SED, das Gespräch um die Deutschlandpolitik in Gang zu bringen, hat Erfolg gehabt. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat den Brief der SED beantwortet und auf diese Antwort inzwischen eine Erwiderung erhalten. Das ist gewiß noch nicht das, was sich Optimisten wünschen, aber doch mehr, als man nach der jahrelangen Praxis, alle Vorschläge, die aus der DDR kommen, zu ignorieren, erwarten konnte.

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat in seinem Antwortschreiben der SED sieben Fragen vorgelegt, die zwar zum Teil noch aus dem Arsenal des kalten Krieges stammen; aber in einem „Spiegel“-Gespräch hat der SPD-Vorsitzende, Willy Brandt, dargelegt, worüber sachlich mit der SED in aller Öffentlichkeit nachgedacht und gesprochen werden sollte. Dabei hat er festgestellt, daß die großen, zunächst nicht erreichbaren Ziele keine Ausrede bieten dürften, praktische mögliche Schritte zu unterlassen.

Brandt schlägt z. B. vor, den Nachbarschaftsverkehr an den Zonengrenzen möglich zu machen, Austausch von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern zu ermöglichen und den Austausch auf wirtschaftlichem, kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet von unnötigen Fesseln zu befreien.

Nach der Meinung der SPD, so sagte Brandt weiter, sollte eine offene Aussprache aller Parteien in beiden Teilen Deutschlands ins Auge gefaßt und Voraussetzungen geschaffen werden, damit Vertreter der Bundestag und der Volkskammer angehörenden Parteien ihre Auffassungen über die Deutschlandfrage offen darlegen und Meinungsverschiedenheiten sachlich austragen könnten.

Daß diese sehr vernünftigen Worte „geschmückt“ wurden mit den Zusätzen, die SPD suche nicht das Gespräch mit der SED und lehne eine Volksfrontpolitik ab, ist dabei von nebensächlicher Bedeutung.

Interessant ist, daß auch CDU und FDP nach der Aufnahme des Gespräches zwischen SPD und SED nicht „Verrat“ schreien, sondern im Gegenteil sich nun auch selbst zu diesen Gesprächen anbieten. Ausgerechnet der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag, Barzel, der sich bisher als einer der wildesten Antikommunisten gebärdete, hat der SED vorgeschlagen, ihn in Dresden sprechen zu lassen und gleichzeitig einen SED-Vertreter nach Köln zu schicken. Was die gegenseitigen Angebote angeht, so hat inzwischen die SED von sich aus den Vorschlag gemacht, in Karl-Marx-Stadt und in Essen gemeinsame öffentliche Veranstaltungen der SPD und SED abzuhalten.

Die oben zitierten sachlichen Ausführungen Brandts in dem „Spiegel“-Gespräch stehen aber in einem Gegensatz zu dem Antwortbrief der SPD, in dem, wie vorauszusehen war, die Berliner Mauer und der sogenannte „Schießbefehl“ eine besondere Rolle spielen. Nun wird es niemand in den beiden deutschen Teilstaaten geben, dem Mauer und Schießbefehl Freude machen. Aber Mauer und Schießbefehl waren nicht der Beginn des kalten Krieges, sondern seine Folge.

Wer also mit der SED über Mauer und Schießbefehl diskutieren will, der muß wohl zuerst bestrebt sein, zwischen den beiden Teilen Deutschlands normale und sachliche Beziehungen herzustellen. Die SED hat in ihrem Antwortbrief keineswegs unrecht, wenn sie darauf hinweist, daß in den 13 Jahren, bevor die Mauer mit allen ihren Konsequenzen errichtet wurde, die sozialdemokratischen Politiker genauso wenig geneigt waren, das Gespräch um die Deutschlandpolitik mit der SED zu führen wie nach dem Mauerbau.

Man kann die Frage, wie angesichts der Mauer und des Schießbefehls in Deutschland offen und unbefangen diskutiert werden soll, nicht so stellen, als wisse man nicht, warum die DDR-Regierung zu dieser Konsequenz gezwungen war: nämlich um den Milliarden-Verlust der DDR-Wirtschaft durch den Schwarzhandel zu stoppen und die von der Bundesrepublik mit Prämien geförderten Abwanderungen von Arbeitskräften zu verhindern.

Es ist auch eine Frage, ob die Verantwortlichen in der Bundesrepublik zur moralischen Entrüstung über den Schießbefehl berechtigt sind. Die illustrierte „Stern“ hat kürzlich eine Reportage mit dem Titel „Die jungen Leutnants“ veröffentlicht, in der über Gespräche von Reportern mit Bundeswehroffizieren berichtet wird. In dieser Reportage heißt es wörtlich:

„Der mögliche Feind der Bundeswehr steht im Osten, und die gesamte Erziehung der Soldaten ist darauf eingestellt. „Würden Sie auf Deutsche schießen?“ Fragen wir die Leutnants, wo immer wir sie treffen. Und die Antwort: „Ja, Sie könnten mich ebenso fragen, ob ich auf Angehörige irgendeines anderen Volkes schießen würde.“

Wer Offiziere in der Bundeswehr in diesem Sinne erziehen läßt, hat kein Recht mehr, sich moralisch über den sogenannten Schießbefehl zu entrichten.

Es ist gewiß angebracht, im Zusammenhang mit dem Briefwechsel an die Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Wiedervereinigung zu erinnern, die 1957 am 1. Mai der Öffentlichkeit übergeben wurde. In dieser Erklärung sind einige Voraussetzungen für die Herstellung normaler Beziehungen als der Anfang aller Wiedervereinigungs-Gespräche aufgezeigt worden. Es heißt in der Erklärung:

„Das Hervortreten restaurativer und neofaschistischer Kräfte in der Bundesrepublik erschwert ... die Verfolgung des großen Zieles der deutschen Ein-

Besser informiert
durch

NACHRICHTEN

heit.“ Das deckt sich in etwa mit dem, was auch in den SED-Briefen gesagt wird, nämlich, daß die Entspannung im geteilten Deutschland ihren Anfang nehmen muß mit der Bewältigung der Vergangenheit. In der DGB-Erklärung heißt es weiter: „Die Völker, die unter den Folgen des Weltkrieges gelitten haben, betürchten noch immer, daß in einem wiedervereinigten Deutschland die Kräfte der Vergangenheit die Führung gewinnen könnten, die für die Störung des Weltfriedens verantwortlich waren.“

Es wird noch viel Wasser der Rhein hinunterfließen, bevor dieses nun begonnene Gespräch seine ersten praktischen Ergebnisse haben wird. Wir sollten uns aber in der Bundesrepublik ebenso wie in der DDR nicht entmutigen lassen durch die Tatsache, daß eine Menge Schutt, der sich in der Zeit des kalten Krieges angesammelt hat, weggeräumt werden muß, bevor man an den Kern der Dinge herankommt. In der Bundesrepublik wird man aber vor allen Dingen den Gedanken fallenlassen müssen, man könne eines Tages die DDR kassieren. Vielmehr muß man sich daran gewöhnen, die DDR als Realität zu akzeptieren. Und je früher man sich mit diesem Tatbestand abfindet, um so eher kann man zu Fortschritten in der Deutschlandpolitik kommen.

Dazu noch ein Zitat aus der Erklärung des DGB zur Wiedervereinigung aus dem Jahre 1957: „Die Wiedervereinigung Deutschlands kann weder den Anschluß eines Teiles an den anderen noch die Gleichschaltung des einen Bereiches mit dem anderen bedeuten.“

H. S.

NATO und die weißen Elefanten

Frankreichs Staatspräsident de Gaulle hat die NATO-Gemeinschaft durcheinandergebracht. Das Militärbündnis befindet sich in einer tiefen Krise, von der noch niemand vorhersagen kann, wie sie ausgehen wird. Daß Frankreich sich der NATO entziehen will, ist dabei nicht einmal so sensationell; interessant und für manche Leute schockierend ist die Begründung, die Paris dafür parat hat: Eine „russische Gefahr“ gibt es nicht mehr.

De Gaulle hat diese Wahrheit nicht erfunden. Er hat lediglich Konsequenzen daraus gezogen. Und diese Konsequenzen sind es, die vor allem in Washington und Bonn die Geister aufgeschreckt haben. Denn es könnte sich herumsprechen, daß Frankreich von der Sowjetunion nichts befürchtet. Das könnte eine Lawine werden, die auch andere Länder mit sich aus dem Bündnis fortträgt. Vor allem die skandinavischen NATO-Verbündeten verspüren immer weniger Neigung, die immer kostspieligeren militärischen Anstrengungen, welche die Weltlage keineswegs stabilisieren helfen, auf die Dauer mitzumachen. Auch Portugal löckt bereits wider den NATO-Stachel.

Erinnern wir uns: Als vor über 15 Jahren das NATO-Bündnis geschaffen wurde, stand eine fiktive „Gefahr aus dem Osten“ dabei Pate. Dieser Osten, sprich Sowjetunion, hat jedoch den amerikanischen Initiatoren der militärischen Ostblockeinkreisung nicht den Gefallen getan, die aggressive Rolle zu spielen, die man ihm zuschrieb. Diese „Gefahr aus dem Osten“ mußte schließlich für die Aufrüstung der Bundesrepublik herhalten.

Inzwischen hat die Sowjetunion erklärt, daß bei einer Auflösung der NATO auch das östliche Gegenstück, der Warschauer Pakt, annulliert werde.

Nunmehr hat es sich herumgesprochen, daß auch die Kommunisten in ihrem Herrschaftsbereich Frieden wollen und auch Frieden brauchen. Der Westen steht vor dem Problem, den Völkern sagen zu müssen, daß es die russische Gefahr nicht gibt (das hieße dann Abbau der Rüstungen und Rüstungsindustrien), oder aber er verfolgt das einmal begonnene Konzept weiter und muß dann mit zunehmenden Schwierigkeiten bei der Realisierung rechnen.

Offensichtlich hat man sich in Washington, London und Bonn, das nur dann eine starke Armee aufbauen kann, wenn der kommunistische Buhmann weiterexistiert, für die zweite Möglichkeit entschieden. Die Krise der NATO ist darum keineswegs durch de Gaulle verursacht, sie resultiert aus der Sinnlosigkeit des Bündnisses

selbst. Ungeheure materielle Kraftanstrengungen zum Schutze vor einer Macht, die niemanden bedroht. Das konnte auf die Dauer nicht gutgehen. Frankreich ist lediglich das erste von 15 NATO-Ländern, das beginnt, seine Politik der Wirklichkeit anzupassen.

Wie sehr im Grunde auch die führenden Politiker in der Bundesrepublik vom Friedenswillen der Sowjetunion überzeugt sind, zeigt die Feststellung von Altbundeskanzler Adenauer auf dem CDU-Parteitag, die UdSSR sei in die Reihe der friedliebenden Völker eingetreten. Das Geschrei, das noch während des Kongresses losbrach, richtete sich eigentlich weniger gegen Adenauer als vielmehr dagegen, daß er es wagte, solche Gedankengänge öffentlich auszusprechen.

Das Bild von den kriegslüsternden Russen schreckt auch schon deshalb nicht mehr, weil — siehe Vietnam — offensichtlich die Vereinten Staaten jene aggressive Rolle in der Weltpolitik übernommen haben, die man in der Vergangenheit der UdSSR zugeschrieben hatte. Wer dennoch das NATO-Bündnis gegen eine nicht existierende Gefahr beschwört und unbekümmert welferrüstet, muß sich den Verdacht gefallen lassen, selbst nicht gerade friedliche Pläne zu verfolgen.

Es ist beinahe komisch anzusehen, wie die deutschen NATO-Anhänger rührend-hilflos bemüht sind, die Wirksamkeit und Nützlichkeit des Militärbündnisses nachzuweisen. Die Tatsache, daß Westeuropa und also auch die Bundesrepublik noch immer in Freiheit lebe, sei der augenscheinliche Beweis für die Abschreckungskraft der NATO. Das erinnert an jenen Mann, der mit chronischem Gesichtszucken zum Arzt ging und auf dessen Frage nach dem Warum behauptete, das Zukunke halte die wilden weißen Elefanten fern. Und als der Onkel Doktor meinte, in Europa gäbe es doch gar keine weißen Elefanten, entgegnete der Mann: „Da sehen Sie, wie's hilft!“ Sb.

Hände weg von Vietnam!

Die USA scheinen — den letzten Berichten zufolge — in Südvietnam nur noch große Siege zu erringen. Mit minutiöser Genauigkeit werden die Zahlen der von den USA-Soldaten getöteten Angehörigen der Südvietnamesischen Befreiungsfront aufgezählt. Die Zahl der eigenen Gefallenen wird dabei verschwiegen. Aber diese „Siege“ der amerikanischen Interventions-

armee bringen den USA in den Augen der Weltöffentlichkeit keinen Ruhm ein.

Der Überfall eines hochindustrialisierten und hochgerüsteten Staates mit 185 Millionen Einwohnern auf ein kleines und armes, um seine Freiheit und sein Selbstbestimmungsrecht kämpfendes Volk kann nur den Abscheu aller Menschen erregen, denen Politik und Moral nicht zwei verschleiende Dinge sind.

Es müßte deshalb die wichtigste Aufgabe der Bundesrepublik sein, sich gegen diesen schmutzigen Krieg zu wenden und ihr Teil dazu beizutragen, den Frieden für Vietnam und die Welt sichern zu helfen. Tatsächlich aber unterstützt in dieser den Weltfrieden bedrohenden Situation die Bundesregierung den amerikanischen Krieg in Vietnam materiell und moralisch.

Ihre bisherigen Leistungen, Kapitalhilfe in Höhe von 85 Millionen, technische Hilfe von 8,4 Millionen und sonstige Unterstützungen von 6,5 Millionen DM, setzten die Bundesrepublik hinter den USA an die zweite Stelle der Länder, die die amerikanische Marionettenregierung in Saigon unterstützen.

Nach dem Amerika-Besuch Erhards hat die Regierung auch noch die Entsendung eines Lazarettschiffes beschlossen und vieles deutet darauf hin, daß trotz aller Dementis der Bundesregierung dem Lazarettschiff eines Tages halb-militärische Baudrupps und endlich Soldaten folgen werden.

Es kommt aber den USA in diesem für sie so wenig ehrenhaften Krieg viel weniger auf Soldaten als vielmehr auf die moralische Unterstützung ihres unmoralischen Krieges an. Die USA möchten den Eindruck erwecken, der Krieg in Vietnam sei kein amerikanischer Krieg, sondern ein Krieg der sogenannten freien Welt. Folglich brauchen sie Verbündete auf dem Kriegsschauplatz in Ostasien, die dort ihre Fahne zeigen, und sei es auch zunächst nur auf einem Lazarettschiff.

Darum muß heute schon unser Protest stärker werden gegen jede Beihilfe der Bundesregierung in diesem ungerechten und unbarmherzigen Krieg. Dieser Krieg hat nichts zu tun mit der Verteidigung der Freiheit, denn was wäre das für eine Freiheit, die erkaufte werden muß mit dem grausamen Sterben Tausender von Männern, Frauen und Kindern in Vietnam! Darum müssen wir alle, die wir den Frieden lieben, mit den Ostermarschierern uns zu den Forderungen der Kampagne für Abrüstung bekennen, für einen Vertrag über weltweite Abrüstung, gegen die Ausbreitung von Atomwaffen, für eine Verständigung mit allen Völkern, besonders mit den osteuropäischen Staaten und für den Frieden in Vietnam.

Ringen um Notstandskonzept des DGB

Intensive Diskussion in den Gewerkschaften

DGB-Bundeskongreß muß Ablehnung bekräftigen

Rund vier Wochen vor dem 7. Bundeskongreß des DGB zeichnet sich eine heftige innergewerkschaftliche Diskussion um die Notstandspläne der Bundesregierung ab. Es dürfte damit feststehen, daß dieses Problem auf dem Berliner Kongreß eines der wichtigsten sein wird, die dort beraten werden. Ebenso klar ist auch erkenntlich, daß starke Kräfte im DGB und den Führungsspitzen der Gewerkschaften nicht geneigt sind, den Anti-Notstandsbeschuß von Hannover abermals zu bekräftigen.

Im Bundesvorstand des DGB herrscht über die einzuschlagende Taktik auf dem Berliner Kongreß Meinungsverschiedenheit. Fast alle Vorstandsmitglieder sind jedoch der Auffassung, daß Berlin nicht einfach nur den Beschluß von Hannover bestätigen kann. Die entscheidenden Formulierungen der Entschließung gegen die Notstandsgesetze, die auf dem 6. DGB-Kongreß mit 276 gegen 138 Stimmen angenommen wurde, lauten:

„Der Bundeskongreß lehnt jede zusätzliche gesetzliche Regelung des Notstandes und Noldienstes ab, weil beide Vorhaben geeignet sind, elementare Grundrechte, besonders das Koalitions- und Streikrecht sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung einzuschränken und die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik zu schwächen. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die anderen einschlägigen Gesetze enthalten bereits ein System von Sicherungen, die genügen, um jeden wirksamen Notstand zu überwinden, ohne die freiheitliche und demokratische Substanz unserer staatlichen Ordnung zu gefährden oder gar zu beseitigen.“

Inzwischen hat der DGB-Bundesvorstand über einen neuen Entwurf beraten, den er dem Kongreß empfehlen möchte. Die wesentliche Aussage des Entwurfs lehnt jede

„zusätzliche gesetzliche Regelung des Notstandes ab, die die demokratischen Grundrechte einschränkt und besonders das Versammlungs-, Koalitions- und Streikrecht der Arbeitnehmer und ihrer gewerkschaftlichen Organisationen bedroht ... Schwerwiegende Bedenken der Gewerkschaften richten sich sowohl gegen die von der Bundesregierung geforderte Notstandsverfassung als auch gegen die den Alliierten im Artikel 5, Absatz 2 des Deutschlandvertrages eingeräumten Vorbehaltsrechte. Sie richten sich ebenfalls gegen die auf Grund dieser Bestimmungen ohne parlamentarische Kontrolle vorbereiteten sogenannten Schubladengesetze.“

Über diesen Entschließungsentwurf konnte bis Redaktionsschluß dieser Ausgabe keine einheitliche Meinung erzielt werden. Wie zu erfahren war, soll der IG-Metall-Vorsitzende Otto

Brenner die Aussagen als zu schwach und Georg Leber (IG Bau-Steine-Erden) sowie Heinz Kluncker (OTV) als zu weitgehend empfunden haben.

Notstandsparagrafen im Grundgesetz

Die Gewerkschaften haben auf dem 6. DGB-Kongreß in Hannover jede zusätzliche gesetzliche Regelung des Notstandes abgelehnt, weil sie die Auffassung vertreten, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik bereits ausreichende Handhabe gibt, um jeder echten Notstandssituation wirksam begegnen zu können. Folgende Artikel aus dem Grundgesetz, die nur wenige Beispiele sind, erhärten diese Auffassung der Gewerkschaften:

Artikel 18

Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressfreiheit (Art. 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Art. 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Art. 8), die Vereinigungsfreiheit (Art. 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Art. 10), das Eigentum (Art. 14) oder das Asylrecht (Art. 16 Abs. 2) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verliert diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 21 Abs. 2

Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht.

Artikel 37

(1) Wenn ein Land die ihm nach dem Grundgesetz oder einem anderen Bundesgesetz obliegenden Bundespflichten nicht erfüllt, kann die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates die notwendigen Maßnahmen treffen, um das Land im Wege des Bundeszwanges zur Erfüllung seiner Pflichten anzuhalten.

(2) Zur Durchführung des Bundeszwanges hat die Bundesregierung oder ihr Beauftragter das Weisungsrecht gegenüber allen Ländern und ihren Behörden.

Artikel 81

(1) Wird im Falle des Art. 68 der Bundestag nicht aufgelöst, so kann der Bundespräsident auf Antrag der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates für eine Gesetzesvorlage den Gesetzgebungsnotstand erklären, wenn der Bundestag sie ablehnt, obwohl die Bundesregierung sie als dringlich bezeichnet hat. Das gleiche gilt, wenn eine Gesetzesvorlage abgelehnt worden ist, obwohl der Bundeskanzler mit ihr den Antrag des Art. 68 verbunden hätte.

(3) Während der Amtszeit eines Bundeskanzlers kann auch jede andere vom Bundestage abgelehnte Gesetzesvorlage innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach der ersten Erklärung des Gesetzgebungsnotstandes gemäß Abs. 1 und 2 verabschiedet werden. Nach Ablauf der Frist ist während der Amtszeit des gleichen Bundeskanzlers eine weitere Erklärung des Gesetzgebungsnotstandes unzulässig.

Artikel 91

(1) Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes kann ein Land die Polizeikräfte anderer Länder anfordern.

(2) Ist das Land, in dem die Gefahr droht, nicht selbst zur Bekämpfung der Gefahr bereit oder in der Lage, so kann die Bundesregierung die Polizei in diesem Lande und die Polizeikräfte anderer Länder ihren Weisungen unterstellen. Die Anordnung ist nach Beseitigung der Gefahr, im übrigen jederzeit auf Verlangen des Bundesrates, aufzuheben.

Die IG Metall hat bereits mit der Vorlage eines eigenen Antrages an den DGB-Kongreß Konsequenzen daraus gezogen. Der Antrag der Gewerkschaft ist identisch mit der Entschließung ihres Bremer Gewerkschaftstages. Wörtlich heißt es in dem Antrag an den Berliner Kongreß: „Die Gewerkschaften lehnen auch weiterhin jede Notstandsgesetzgebung ab, welche die demokratischen Grundrechte einschränkt und besonders das Versammlungs-, Koalitions- und Streikrecht der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften bedroht.“

Wenn man die Vorgänge der letzten Wochen um die Notstandsgesetzgebung analysiert, so scheint sich die Gefahr abzuzeichnen, daß nicht unbedeutende Kräfte in der Gewerkschafts-

bewegung einem schwerwiegenden Irrtum verfallen. Dem Irrtum nämlich, daß es überhaupt so etwas wie eine demokratische Notstandsgesetzgebung geben kann. Das erklärte Ziel der Bundesregierung ist, im Falle eines „äußeren“ oder „inneren“ Notstandes mit allen Mitteln (insbesondere durch Außerkraftsetzung von Grundrechten) der Lage Herr werden zu können. Für diese Zielsetzung gibt es keine „demokratische“ Lösung. Auf die Möglichkeit der Ausschaltung demokratischer Verfassungsgrundsätze zu verzichten, heißt für Bonn auf das Wesen der Notstandsgesetzgebung verzichten müssen.

Wer also diesen Gesetzeskomplex so weit „entschärfen“ möchte, daß er die demokratische Ordnung nicht antastet und dadurch „annehmbar“ würde, muß zugleich den Kern der Notstandspläne verwerfen und für die Unantastbarkeit der jetzigen Verfassung eintreten. Denn es gibt nur die Wahl zwischen dem Bestehenden und den Notstandsgesetzen, die dieses Bestehende in der Substanz in Frage stellen, andernfalls sie eben keine Notstandsgesetze mehr sind.

Die Gespräche einer DGB-Abordnung mit Innenminister Lücke, die jüngsten Veröffentlichungen des DGB-Organs „Welt der Arbeit“ zu der innergewerkschaftlichen Diskussion über die Notstandsgesetzgebung sowie die Äußerungen mancher Spitzenfunktionäre in dieser Diskussion selbst haben zwei neue Gesichtspunkte freigelegt: DGB-Funktionäre greifen immer häufiger die These von dem „äußeren“ Notstand auf, dessen Regelung man sich unter Umständen nicht verschließen könne; zum anderen wird das alte Höcherl-Argument von der Ablösung alliierter Vorbehaltsrechte kolportiert. Es ist nicht schwer, darin ein bedenkliches Abrücken von der gültigen hannoverschen Anti-Notstandsentscheidung zu erblicken, wobei zu betonen ist, daß z. B. so große Gewerkschaften wie die IG Metall und die IG Chemie-Papier-Keramik nicht bereit sind, solcher Argumentation zu folgen.

Die These vom „äußeren“ Notstand birgt kaum geringere Gefahren in sich als das Wunschbild von der „demokratischen“ Notstandsregelung. Wie leicht kann es einer Regierung fallen, die sich innenpolitisch bedrängt fühlt, durch die künstliche Verschärfung von Beziehungen zu Nachbarstaaten einen „Spannungszustand“ zu erzeugen, der nach den Notstandsplänen bereits genügen soll, um die Handhabe für den „äußeren“ Notstand und seine inneren Folgen für Recht und Freiheit zu geben! Das zunehmende Bonner Engagement in Vietnam ist auch nicht gerade geeignet, den „äußeren“ Notstand fernzuhalten.

Was die Ablösung der alliierten Vorbehaltsrechte angeht, so vertritt der

Entwicklung des Spätkapitalismus

Broschüre und Konferenz zu diesem Thema

„Die Entwicklungstendenzen des Spätkapitalismus“ ist der Titel einer Broschüre, mit der der Versuch unternommen wird, eine Antwort auf Probleme des modernen Kapitalismus zu finden. In den hochkapitalistischen Staaten ebenso wie in den sozialistischen Ländern machen sich Wissenschaftler, Politiker und Gewerkschafter ernsthafte Gedanken über eine exakte Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse in den Ländern mit kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen, um die Voraussetzungen aufzuspüren und so eine den gesellschaftlichen Erfordernissen entsprechende Politik festlegen zu können.

Dabei ist von besonderer Bedeutung, die Veränderungen zu erkennen, die im Laufe der letzten Jahrzehnte im kapitalistischen Wirtschaftssystem vor sich gegangen sind, so vor allem das wechselseitige Verhältnis zwischen Politik und Ökonomie sowie die wachsende aktive Einwirkung des Staates und des Staatsapparates auf die Wirtschaft.

In dem Mittelpunkt der Arbeit stehen Untersuchungen junger marxistischer Wissenschaftler der DDR, die den Versuch unternommen haben, die komplizierte Problematik des Themas eingehend zu behandeln. Bei ihren Thesen handelt es sich um eine Kurzfassung des im Herbst 1964 erschienenen Buches „Imperialismus — heute“. Die Verfasser erheben dabei keineswegs Anspruch darauf, mit dieser Arbeit der Weisheit letzten Schluß gefunden zu haben, sie betrachten sie vielmehr als den Ausgangspunkt einer Diskussion, um die auch in der westlichen Welt gewonnenen Erkenntnisse zu vertiefen.

Zum besseren Verständnis sind den Thesen einige Artikel vorausgeschickt, die im vergangenen Jahr in den NACHRICHTEN-Beilagen veröffentlicht waren. Sie stellen gewissermaßen schon eine Erläuterung der Thesen dar und sind auch in der Broschüre enthalten.

Die Broschüre wird im April im Verlag NACHRICHTEN erscheinen. Es ist nur an eine beschränkte Auflage gedacht; deshalb empfiehlt es sich, heute schon Vorbestellungen aufzugeben.

Es ist weiter für den 11. Juni eine Aussprache über die in der Broschüre abgehandelten Themen zwischen Wissenschaftlern aus der DDR und der Bundesrepublik sowie einigen westeuropäischen Ländern geplant, für die in Kürze die Einladungen ausgeschrieben werden. Die Aussprache wird zweifellos auch von großem Interesse für die Gewerkschafter in der Bundesrepublik sein. H. S.

IG-Metall-Vorsitzende die Auffassung, daß sie schon seit 1956 nicht mehr existieren. In dem neuen Appell der Professoren an die Gewerkschaften zur Standhaftigkeit in der Notstandsfrage wird dazu gesagt: „Zur Ablösung von Artikel 5, Abs. 2 des Deutschlandvertrages bedarf es keiner Grundgesetzänderung. Die vorliegenden Bestimmungen des Grundgesetzes (nach den Verfassungsänderungen von 1956) reichen völlig aus, um von den Alliierten gegebenenfalls den formellen Verzicht auf diese Rechte verlangen zu können.“ Schließlich vertreten die Wissenschaftler die Auffassung, daß — wenn solche alliierten Vorbehaltsrechte, die Bonns Souveränität einschränken, bestehen — sie nicht zuletzt geeignet sind, „bundesdeutsche atomare Ambitionen in Schranken halten“ zu können.

Es wäre außerdem recht bedenklich, um auf die DGB-Gespräche mit Minister Lücke einzugehen, wollten die Gewerkschaften den ungeheuerlichen Inhalt der Notstandspläne übersehen,

nur weil der neue Innenminister einen konzilianteren Ton anschlägt als seine Vorgänger Schröder und Höcherl. Ist Lücke Innenminister auf Lebenszeit? Kommandiert er das Bundeskabinett, in dem eine ganze Reihe von Scharfmachern sitzt?

Der Bundeskongreß des DGB, der am 9. Mai in Berlin beginnt, wird diesen ganzen Fragenkomplex sehr gewissenhaft durchleuchten müssen, um seine Schlüsse zu ziehen. Dabei gilt es vor allem, den grundsätzlichen Befürwortern von Notstandsregelungen im DGB und den Gewerkschaften — mögen deren Motive noch so lauter sein — klarzumachen, daß Notstandsverfassung und Rechtsstaatlichkeit einander ausschließen. Den Widerstand gegen die diesbezüglichen Pläne der Bundesregierung aufgeben — ob im Detail oder im Grundsatz —, kann den „Versager des Jahrhunderts“ mit unabsehbaren Folgen für Volk und Gesellschaft bedeuten. Kein Gewerkschafter wird das riskieren wollen. G. S.

„Arbeiterkonferenz“ mit neuen Tönen

Chancen für gesamtdeutsche Gespräche der Gewerkschaften?

Neue Initiativen der 23. Leipziger Arbeiterkonferenz

Die Arbeiterkonferenzen im Leipziger „Haus Auensee“ sind mittlerweile zu einer traditionellen Begleiterscheinung der Leipziger Messen geworden. Und obgleich sich Tradition sehr oft als Belastung für Neuerungen erweist, hat diese 23. Arbeiterkonferenz zumindest den Versuch erkennen lassen, neue Gedanken zum notwendigen Deutschlandgespräch zwischen den Gewerkschaften beizusteuern.

Diese Gedanken tragen auch dem Unbehagen in den DGB-Gewerkschaften über die bisherige Form der Leipziger Arbeiterkonferenzen Rechnung und lassen die Hoffnung aufkeimen, daß sich nach dem Briefwechsel zwischen SPD und SED auch zwischen den deutschen Gewerkschaften ein Dialog über gemeinsam interessierende Fragen anbahnt.

Die seit mehr als 10 Jahren vom „Ständigen Ausschuß der deutschen Arbeiterkonferenzen“ durchgeführten Tagungen anläßlich der Leipziger Messen befinden sich in einer bemerkenswerten Metamorphose. Während Veranstaltungen dieser Art in der Vergangenheit vornehmlich dazu benutzt wurden, um propagandistische Attacken gegen politische und gesellschaftliche Mißstände in der Bundesrepublik zu reiten und Forderungen der „deutschen Arbeiterklasse“ anzumelden, für die die Teilnehmer der Leipziger Konferenzen weder de jure noch de facto eine Legitimation besaßen, bot die am 12. März durchgeführte Konferenz ein anderes Bild.

Schon der westdeutsche Sprecher „Kollege Bernhard“ gab zu verstehen, daß Konferenzen wie diese nicht mehr ausreichen, in der Deutschlandpolitik Fortschritte zu erzielen. Dazu seien offizielle Gespräche zwischen den Organisationen hüben und drüben erforderlich. (Übrigens konnte man von manchem Teilnehmer dieser Arbeiterkonferenz hinter vorgehaltener Hand

NACHRICHTEN -

für den
aktiven Gewerkschafter

die Meinung hören: diese Form der Arbeiterkonferenzen habe — trotz aller Mängel — dann ihre Dienste geleistet, wenn an ihre Stelle offizielle Diskussionen zwischen Mandatsträgern der Gewerkschaften in Deutschland träten.)

Eben diesem Thema widmete auch der Vertreter des FDGB-Bundesvorstandes, Rudolf Kirchner, den wesentlichsten Teil seiner Ausführungen vor den

1300 Teilnehmern, von denen (nach Angaben der Veranstalter) 110 aus der Bundesrepublik und Westberlin kamen. Kirchners Ausführungen verdienen darum besonderes Interesse, weil seine Argumente zur Deutschlandpolitik ohne Pathos und Selbstgefälligkeit vorgetragen wurden und auch der erhobene Zeigefinger fehlte, der die westdeutschen Arbeiter auf ihre „Pflichten“ hinwies. Im Gegenteil. Kirchner vermied jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DGB-Gewerkschaften.

Er behandelte die Fragen der Deutschlandpolitik mit der Teilnahme, aber auch der Distanz, die einem Sprecher der DDR zukommt, den die Probleme sehr berühren, der aber gleicherweise anerkennt, daß einzig und allein die Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik für Umfang und Inhalt anzustrebender Reformen in der Bundesrepublik zuständig ist.

Angesichts der Anfeindungen, denen der DGB von seiten der Unternehmer und der Bundesregierung ausgesetzt ist, erklärte er die volle Solidarität der Gewerkschafter in der DDR mit ihren Kollegen in der Bundesrepublik. Er anerkannte ausdrücklich die „großen Erfolge“, die die DGB-Gewerkschaften im Interesse der Arbeitnehmer errungen haben. Er forderte die Teilnehmer der Arbeiterkonferenz auf, die Gewerkschaften zu stärken, und gab zu bedenken, daß die 6,5 Millionen Gewerkschafter des DGB auf die Unterstützung der 6,5 Millionen Mitglieder des FDGB rechnen könnten.

Für das gemeinsame Gespräch zwischen den Gewerkschaftsorganisationen schlug Kirchner folgende Themen vor:

1. Da die Gewerkschafter Frieden und Sicherheit wünschen, sollte zuerst darüber gesprochen werden, was gemeinsam getan werden könne, um den Frieden zu sichern und die Beziehungen innerhalb Deutschlands zu normalisieren.

2. DGB und FDGB seien immer für Demokratie, gesellschaftlichen Fortschritt und soziale Sicherheit eingetreten. Über die dabei gemachten Erfahrungen sollte ein Meinungsaustausch stattfinden:

a) Über Fragen der Wirtschaftspolitik, der Vollbeschäftigung, der sozialen Sicherheit und der ökonomischen Perspektiven;

b) über die Stellung der Gewerkschaften in der Gesellschaft, über die Rolle der Frau, der Jugend, die Freiheit, die Menschenwürde und die Entfaltung der Persönlichkeit in der Gesellschaft.

3. Erfahrungsaustausch über die Probleme der technischen Revolution unter unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedingungen.

4. Wie kann der Zustand der Zementierung und Versteinierung der Spaltung Deutschlands überwunden werden?

Nach Ansicht Kirchners gebe es kein Weiterkommen, wenn man nur über Rundfunk, Fernsehen oder Zeitungen miteinander verkehre. Man müsse einfach zusammenkommen, um „auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung und eines ehrlichen Bemühens“ die vorhandenen Vorstellungen und Meinungen zu erörtern und gegeneinander abzuwägen. Kirchner bezog sich dabei auch auf die Erklärung des DGB zur Wiedervereinigung aus dem Jahre 1958. Man sei nicht mit allem, was darin stehe, einer Meinung, aber es gebe darin Gedanken, über die zuzusprechen „wirklich lohnenswert“ wäre.

Schließlich ging der FDGB-Sprecher auch auf eine Frage ein, die von seiten der Bundesrepublik immer wieder als Einwand gegen offizielle Gespräche mit dem FDGB erhoben wird: Der FDGB sei eine Staatsgewerkschaft.

Kirchner gab zu bedenken, daß der FDGB, im Unterschied zur Rolle des DGB in der Bundesrepublik, in Wirtschaft und Staat tatsächlich mitplanen, mitarbeiten und mitregieren könne. Er stellte die rhetorische Frage, ob die Gewerkschaften gegen einen Staat in Opposition stehen sollten, der ihnen das volle Mitbestimmungsrecht in den Betrieben, der Wirtschaft und im staatlichen Bereich gewähre.

Kirchner machte das Eingeständnis, daß es „auch Konflikte“ zwischen den Staats- und Wirtschaftsorganen und den Gewerkschaften gäbe. Das seien jedoch Konflikte zwischen Kräften, die ein gemeinsames Ziel hätten. Deshalb seien solche Konflikte mit Hilfe konstruktiver Vorschläge und dem Willen zur Verbesserung der Zusammenarbeit zu überwinden. Auf diese Weise komme für die Arbeiter, ihre Gewerkschaften und alle Menschen der größere Gewinn heraus.

Kirchner gab weiterhin zu bedenken, ob die in der DDR funktionierende Mitbestimmung der Arbeiter nicht der beste Beweis für die Haltlosigkeit der Unternehmerpropaganda wäre, die immer wieder behauptete, die Mitbestimmung ruiniere die Wirtschaft.

Noch liegen keine endgültigen Zahlen der Betriebsunfälle für 1965 vor, doch zeigt die Entwicklung der tödlichen Unfälle im ersten Halbjahr 1965, daß eine Wende zum Besseren nicht eingetreten ist. Zwar sind die tödlichen Betriebsunfälle ohne Berufskrankheiten und Wegeunfälle um 3,8 Prozent zurückgegangen, dafür sind aber die tödlich verlaufenen Berufserkrankungen um 6,6 Prozent und die der Wegeunfälle mit tödlichem Ausgang um 2,3 Prozent angestiegen. 1964 hatte die Zahl der gemeldeten Betriebsunfälle in der Bundesrepublik, nach einem Rückgang in den Jahren 1962 und 1963, den zweithöchsten Stand in der Nachkriegszeit erreicht.

Mit Recht wird im DGB-Aktionsprogramm „Arbeit ohne Gefahr“ gefordert. Diese Forderung ist durchaus zu verwirklichen, wie es in anderen Industrieländern in Ost und West seit Jahren durch niedrigere Unfallzahlen als in der Bundesrepublik bewiesen wird.

Die DDR habe „den geschichtlichen Beweis erbracht“, daß die Arbeiter durchaus in der Lage sind, eine stabile Wirtschaft aufzubauen, das schwierige Element der volkswirtschaftlichen Planung zu beherrschen und wachsenden Wohlstand zu garantieren.

Gegenüber diesen Ausführungen Kirchners fiel die Mehrzahl der Diskussionsbeiträge sichtlich ab. Nicht, weil es den über 20 Rednern aus der Bundesrepublik vielleicht an gutem Willen fehlte, sondern einfach darum, weil hier noch auf verschiedenen Ebenen gesprochen wurde. Dem FDGB-Vertreter ging es darum, die Tür zu offiziellen Gesprächen zwischen den Gewerkschaften zu öffnen, während die Mehrzahl der Diskussionsredner sich noch auf eine mehr oder weniger platonische Form der Aufzählung von gemeinsamen Interessen der Arbeitnehmer aus Ost und West beschränkte.

Hier kann man dem Funktionär-Organ des DGB „Die Quelle“ Nr. 3/66 voll zustimmen, wenn es registriert: Es gehe dem FDGB jetzt in erster Linie darum, zu erkunden, inwieweit Voraussetzungen für offizielle Kontakte zwischen den Gewerkschaften vorhanden seien. Der Verfasser dieses Beitrages, der Mitarbeiter des DGB-Bundesvorstandes W. Gronau, trifft ebenfalls die Feststellung, daß sich die Einstellung des FDGB zu den westdeutschen Gewerkschaften geändert habe. Der FDGB erhofft durch Teilnahme an gesamtdeutschen Veranstaltungen in der Bundesrepublik „Verbindungen mit maßgebenden Funktionären der Verbände und nimmt dabei das Risiko in Kauf, in harten Diskussionen Farbe bekennen zu müssen“. Gronau zieht daraus (sicherlich im Ergebnis ein-

gehender Beratungen beim DGB-Bundesvorstand) die Schlußfolgerung: „In der Bundesrepublik sollten wir Diskussionen mit Gruppen aus der DDR nicht mehr aus dem Weg gehen.“ Und weiter:

„Vor allem sollten bei derartigen gesamtdeutschen Veranstaltungen die demokratischen Kräfte in Erscheinung treten, die sich bisher nicht beteiligten ... Die Initiative darf nicht von Kommunisten, sondern muß von demokratischen Kräften ausgehen. In der Hauptsache müssen Organisationen sich mit der Vorbereitung beschäftigen, weil jede Veranstaltung gut vorbereitet werden muß. Das Thema sollte von uns festgelegt werden, aber es darf keiner politischen Frage aus dem Wege gegangen werden — auch wenn sie für uns unangenehm sein sollte.“

Die Einsicht der verantwortlichen Männer beim DGB über die Nützlichkeit gesamtdeutscher Gespräche zwischen Arbeitnehmern und Gewerkschaften ist begrüßenswert. Warum aber vom DGB derartige Gespräche nur auf dem Boden der Bundesrepublik akzeptiert werden, ist nicht verständlich. Ist es nicht vielmehr so, daß der Kreis der DDR-Vertreter bei Gesprächen innerhalb der Bundesrepublik normalerweise sehr klein ist? Würde das Auftreten von profilierten Gewerkschaftlern aus der Bundesrepublik auf Veranstaltungen in der DDR nicht einen wesentlich größeren Kreis dortiger Gewerkschaftler ansprechen?

Man darf nicht verkennen, daß noch mancherlei zu prüfen und aus der Welt zu räumen ist, bevor offizielle Kontakte zwischen den Gewerkschaften in beiden Teilen Deutschlands hergestellt werden können. Kann das aber Grund genug sein, auf den Meinungsaustausch zu verzichten, wenn er unterhalb der Grenze der offiziellen Anerkennung erfolgen kann?

Die Diskussionen auf dem vergangenen Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Druck und Papier und ein Antrag der Landesbezirkskonferenz Bayern des DGB machen deutlich, daß auch in den Spitzen der DGB-Gewerkschaften der Wille wächst, das Tabu des Nicht-miteinander-Redens zwischen den deutschen Gewerkschaften zu brechen.

Wir wollen hoffen, die bemerkenswerten Änderungen auf der 23. Arbeiterkonferenz in Leipzig werden von den Verantwortlichen des DGB zum Anlaß genommen, die bisherige Anti-Haltung des DGB in Fragen DDR-Kontakte einer Korrektur zu unterziehen. Warum sollte nicht endlich auch der DGB seine Hemmungen in gesamtdeutschen Aktivitäten überwinden, wenn die SPD den „Offenen Brief“ der SED einer „Offenen Antwort“ für wert hielt?

Heinz Czymek

Wohngeld-Ärger

Die Minister der Regierungskoalition versuchen immer wieder, gegen die rigorose Steigerung der Mieten protestierende Mieter mit dem Hinweis zu beschwichtigen, sie könnten ja nach dem Wohngeldgesetz einen Mietzuschuß beantragen. Die Minister, die selbst zu ihrem nicht geringen Monatsgehalt ein beträchtliches Wohngeld erhalten, ohne daß sie dafür erst einen Antrag stellen und ihre wirtschaftlichen Verhältnisse offenbaren müssen, haben leicht reden. Ohnehin gehören sie meist nicht zu den Mietern. Der „Maßhalte“-Kanzler gar ließ sich mit einigen hunderttausend DM Steuer-geldern einen „bescheidenen“ Bungalow in Bonn bauen.

Das Wohngeldgesetz ist alles andere als eine ideale Lösung des Mietenproblems. Erstens werden damit Millionen Mieter und auch Kleinhausesitzer zu Empfängern einer Bedürftigkeitsleistung analog der Sozialhilfe degradiert, die jährlich ihre Einkommensverhältnisse neu dem Wohnungsamt darlegen müssen; jede Einkommenssteigerung führt zur Kürzung des Miet- oder Lastenzuschusses. Zweitens sind die Bestimmungen des Wohngeldgesetzes so kompliziert, daß sich nur die wenigsten damit zurechtfinden.

Der Mieterbund hat allerdings eine ausgezeichnete Broschüre (zum Preis von 1 DM) über das Wohngeldgesetz herausgebracht.

Beide Gründe dürften maßgebend zu der Situation beigetragen haben, daß im November des vergangenen Jahres erst 20 Prozent der Wohngeldberechtigten einen Antrag gestellt hatten, wie der Mieterbund feststellte. Das Wohngeldgesetz hat jedoch noch einen dritten Haken, und das ist die lange Dauer der Antragsbearbeitung. So waren in Köln bis Mitte Oktober erst 1450 von 6650 gestellten Anträgen genehmigt worden. Nicht besser ist es in anderen Städten. Die Mieter müssen ein halbes bis dreiviertel Jahr warten. Die höhere Miete aber müssen sie sofort zahlen!

Die langwierige Antragsbearbeitung ist auf die Kompliziertheit des Wohngeldgesetzes zurückzuführen, was für die Städte und Gemeinden noch eine andere unangenehme Folge hat, nämlich hohe Verwaltungskosten! In München betragen sie 22 Prozent des ausgezahlten Wohngeldes, in Köln gar 33,1 Prozent. Belastet werden damit die Städte und Gemeinden, die sich auf Grund ihres sinkenden Anteils an den Steuereinnahmen ohnehin in Finanznot befinden.

Es ist also eine durch und durch faule Frucht, die Bonn uns anstelle des bisherigen sozialen Mietrechtes mit dem Wohngeldgesetz beschert hat.

Inflationär

Die Bundesregierung hat es offenbar nicht nötig, sich mit ihrer Ausgabenplanung an die vom Gutachtergremium vorausgeschätzte reale Zuwachsrate der Volkswirtschaft von 4 Prozent zu halten. Das fordert sie nur von den Gewerkschaften. Der Haushaltsvoranschlag der Bundesregierung, den Finanzminister Dahngrün Anfang März dem Parlament vorlegte, sieht um 8 Prozent höhere Ausgaben vor.

Nach den Vorausberechnungen des Finanzministers sollen die Bundesausgaben 1967 sogar um mindestens 11 Prozent steigen, nämlich von 69 auf 77 Milliarden DM. Der Geldbedarf des Bundes sei so groß, sagte Dahngrün, daß sich voraussichtlich für die kommenden vier Jahre Finanzierungslücken zwischen 5 und 7 Milliarden DM jährlich ergeben würden. Dahngrün kündigte an, daß bereits für 1967 „weitere einschneidende Maßnahmen“ folgen.

Einige dieser Maßnahmen sehen so aus, daß sie die Sozialleistungen des Bundes reduzieren. So ist vor allem die Kürzung der Bundeszuschüsse für die Sozialversicherung im Gespräch. Die Beiträge zur Sozialversicherung betragen zur Zeit 14 Prozent, welche Arbeitnehmer und Unternehmer zu je 7 Prozent tragen. Sie werden vermutlich auf 15 Prozent steigen.

Weiter sind spürbare Abstriche an der Sparförderung beim Bau- und Prämiensparen vorgesehen. Auch neue Steuer- und Tarifierhöhungen, wie schon bei Bundesbahn, Bundespost, und die Heraussetzung der Mineralölsteuer, sind im Gespräch.

Politisch interessant ist vor allem die Ankündigung des Ministers, die alle „Flüchtlinge“ aus der DDR angeht. Danach ist „in absehbarer Zeit“ mit einer Entschädigung für die in der DDR zurückgelassenen Vermögenswerte nicht zu rechnen. Ursprünglich sollten für diesen Zweck, eine Art zweiter Lastenausgleich, 10 bis 12 Milliarden DM bereitgestellt werden. Nachdem in den zurückliegenden Jahren hunderttausende Menschen mit dem Versprechen einer Entschädigung für zurückgelassene Werte aus der DDR angelockt worden sind, erklärte jetzt der Finanzminister:

„Bei der derzeitigen Haushaltslage sehe ich leider keine Möglichkeit, die für ein so weitgestecktes Vorhaben erforderlichen Mittel in absehbarer Zeit in den Haushalt einzuplanen.“

Es wird immer offensichtlicher, daß die staatlichen Maßhaltappelle an die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften nur deshalb fortwährend wiederholt werden, nicht weil sonst die Wirtschaft gefährdet würde, sondern weil der Staat selbst beabsichtigt, seine Ausgaben über das normale Maß hinaus zu steigern. HI.

Erfolgreicher Delegationsaustausch

Der Dialog mit osteuropäischen Gewerkschaftern begann

Ein Beitrag zur Entspannung und Völkerverständigung

Der gewerkschaftliche Delegations- und Meinungsaustausch zwischen westdeutschen und osteuropäischen Gewerkschaftern ist angelaufen. Während Abordnungen der sowjetischen „Gewerkschaft der Mitarbeiter der Staatsbehörden“ und der tschechoslowakischen „Gewerkschaft der Angestellten der Staatsorgane“ die Bundesrepublik besuchten, bereiste Ende März/Anfang April eine Delegation der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), von der die Kontaktinitiative ausging, die Sowjetunion.

Die sowjetische Gewerkschaftsabordnung mit dem Vorsitzenden Sennikow an der Spitze informierte sich in der Bundesrepublik über Aufgaben und Arbeitsweise der Gewerkschaft ÖTV. Umgekehrt bemühten sich der ÖTV-Vorsitzende Heinz Kluncker und seine Begleiter bei Besuchen in Moskau, Leningrad, Wolgograd (ehemals Stalingrad) sowie Sotschi am Schwarzen Meer, die sowjetischen Gewerkschaften und ihre Umwelt kennenzulernen.

Interessante Gesichtspunkte hat auch der Besuch der tschechoslowakischen Gewerkschaftsdelegation, die vom Vorsitzenden der Gewerkschaft der Angestellten der Staatsorgane, Jaroslav Hrdlicka, geleitet wurde, gezeitigt. In den Gesprächen mit dem Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV wurde die Möglichkeit eines Ulaubaustauschs zwischen ÖTV-Gewerkschaftern und Mitgliedern der genannten tschechoslowakischen Gewerkschaft in gewerkschaftseigenen Ferienheimen der jeweiligen Länder besprochen. Wie Hrdlicka und Kluncker übereinstimmend erklärten, geht es ihnen darum,

die gegenseitigen Beziehungen möglichst auch auf unteren Ebenen der Organisationen fortzuführen.

Während des Aufenthalts der sowjetischen Gewerkschafter in der Bundesrepublik sorgte die Bundesregierung für den einzigen peinlichen Zwischenfall. Durch Kabinettsbeschluss zog sie die der ÖTV vorher erteilte Zusage zurück, wonach die sowjetische Gewerkschaftsdelegation an einer Tarifverhandlung über die Umgruppierung der Arbeiter des öffentlichen Dienstes in den Lohngruppenkatalog als Beobachter teilnehmen sollte. In der Begründung des Wortbruchs hieß es, daß innerhalb des DGB Meinungsverschiedenheiten über die von der ÖTV-Gewerkschaft angebahnten Ostkontakte bestünden.

Auf diesen offensichtlichen Versuch, die ÖTV öffentlich zu diffamieren und die gewerkschaftliche Diskussion über die Ostpolitik des DGB zu beeinflussen, hat der Hauptvorstand der ÖTV mit einer scharfen Erklärung reagiert.

Die Bundesregierung wurde darauf aufmerksam gemacht, daß der DGB-Bundesvorstand die ostpolitischen Initiativen der ÖTV-Gewerkschaft ausdrücklich billigt. Im übrigen müsse die Gewerkschaft ihre in letzter Zeit etwas gelockerte Haltung zur Notstandsgesetzgebung überprüfen. Denn wenn man sich auf Zusagen der Bundesregierung nicht verlassen könne, gelte das auch in der kritischen Frage der Notstandsgesetze.

DGB-Bundeskongreß soll Ostbeziehungen billigen

Dem bevorstehenden Bundeskongreß des DGB liegen zum Thema Ostkontakte einige Anträge zur Beschlußfassung vor. Der Bundesjugendausschuß des DGB empfiehlt z. B. Informations- und Studienreisen nach Osteuropa. Er regt an, bei solchen Reisen Gegeneinladungen auszusprechen, und beantragt, daß der Bundeskongreß den Plan des Bundesvorstandes begrüßen soll, eine Studienkommission in einige osteuropäische Länder zu entsenden.

Ähnliche Anträge liegen u. a. von der IG Metall und den DGB-Landesbezirken Berlin, Hessen und Nordrhein-Westfalen vor. Dabei wendet sich nur der Landesbezirk NRW ausdrücklich gegen Beziehungen zum FDGB der DDR.

Abgesehen von solchen Querschüssen der Gegner einer Ost-West-Entspannung muß man von einem ausgesprochen erfolgreichen Verlauf der ersten offiziellen Begegnungen westdeutscher Gewerkschafter mit ihren sowjetischen und tschechoslowakischen Kollegen sprechen. Es dürfte sicher sein, daß die von der ÖTV gesammelten Erfahrungen ihre Wirkung auf die übrigen DGB-Gewerkschaften nicht verfehlen werden. Der Ausbau dieser beiderseitigen Beziehungen zwischen Gewerkschaftern in West und Ost dürfte gleichzeitig ein Beitrag zur notwendigen Verständigung zwischen den Völkern sein. -t

1. Mai: Es geht um Mitbestimmung

Realisierung noch in dieser Legislaturperiode gefordert

Unternehmer und Regierung zeigen kein Entgegenkommen

Die Ausdehnung der qualifizierten Mitbestimmung in der Wirtschaft über den augenblicklichen Geltungsbereich hinaus ist aus dem Diskussionsstadium noch nicht herausgekommen. Die Gewerkschaften haben in den letzten Monaten über den DGB bei den politischen Parteien, den Kirchen und anderen gesellschaftlichen Institutionen und Verbänden die Auffassungen zu diesem Fragenkomplex sondiert. Der „Ausschuß Mitbestimmung“ beim Bundesvorstand des DGB hat sich in zahlreichen Sitzungen mit dem Ergebnis dieser gewerkschaftlichen Initiativen befaßt.

Bislang haben nur die Sozialdemokratische Partei sowie die katholische und evangelische Kirche positive Stellungnahmen zur Mitbestimmung abgegeben. Die Unternehmerverbände, die Regierungsparteien und die Bundesregierung lehnen weiterhin diese gesellschaftspolitisch bedeutsame Forderung der Gewerkschaften ab.

Bekanntlich fordern die Gewerkschaften im DGB-Grundsatz- und Aktionsprogramm die Ausdehnung der zur Zeit nur auf Kohle, Eisen und Stahl beschränkten Mitbestimmung auf alle Großbetriebe in allen Wirtschaftszweigen.

Nach den konkretisierten Vorstellungen des DGB sollen darunter die Betriebe mit mehr als 2000 Beschäftigten, einer Bilanzsumme ab 50 Millionen DM und einem Umsatz von jährlich 100 Millionen DM fallen. Für diese Unternehmen wird eine paritätische Besetzung der Aufsichtsräte sowie die Bestellung eines für Sozial- und Personalfragen zuständigen Vorstandsmitgliedes (Arbeitsdirektor) gefordert. Diese Mitbestimmung soll jedoch nur für die Großbetriebe der Kapitalgesellschaften (AG und GmbH) gelten und damit etwa 300 bis 350 Unternehmen in der Bundesrepublik erfassen.

Die Arbeitgeberseite sperrt sich aus prinzipiellen Gründen gegen jede Ausdehnung des Arbeitnehmerinflusses in der Wirtschaft. Statt Mitbestimmung bietet sie „Mitwirkung“ im Sinne „partnerschaftlicher Zusammenarbeit“ an; ihr äußerstes Zugeständnis läuft auf eine Beteiligung im sozialen Bereich, auf eine diesbezügliche Delegation unternehmerischer Funktionen hinaus. Das ist jedoch etwas ganz anderes, als die Gewerkschaften verlangen, die im Großbetrieb nicht einfach den Betrieb als Vermögensobjekt, sondern als Sozialgebilde sehen. In solchen Betrieben, wo fortwährend Entscheidungen von volkswirtschaftlicher Tragweite getroffen werden, kann nicht der Wille einer Handvoll Kapitalbesitzer allein ausschlaggebend sein. Das ist der einleuchtende Standpunkt der Gewerkschaften.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften stehen vor der Notwendigkeit, Wege für die Realisierung des Mitbestimmungsgedankens zu finden und — soweit der Gesetzgeber dafür gewonnen werden muß — diesen mit entsprechendem Nachdruck zur Wahrnehmung seiner gesellschaftspolitischen Verpflichtung gegenüber den Arbeitnehmern zu bewegen. Während das betriebliche Mitspracherecht der Arbeiter und Angestellten in vielen Einzelfragen tarifvertraglich ausgefochten und gesichert werden kann, bedarf es beim Zustandekommen eines fortschrittlichen Mitbestimmungsgesetzes einer breiten und intensiven Aufklärung und Gewinnung der Öffentlichkeit.

Diese unerläßliche Phase größerer publizistischer Aktivität scheint der Deutsche Gewerkschaftsbund im Zusammenhang mit den diesjährigen Veranstaltungen zum 1. Mai einleiten zu wollen. So lautet das Motto der Mai-Feiern: „Dabeisein — mitbestimmen — Erfolg haben.“ In dem Aufruf zum 1. Mai fordert der DGB „erneut und mit allem Nachdruck“ die Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung noch in dieser Legislaturperiode des Parlaments. Es sei einer demokratischen Gesellschaft unwürdig, heißt es weiter in dem Aufruf, im politischen Leben den Arbeitnehmern gleiche Rechte zu gewähren und ihnen gleiche Pflichten aufzuerlegen, sie aber im wirtschaftlichen Bereich nach wie vor als Untertanen zu behandeln. Es könne nicht hingenommen werden, daß nur wenige hundert Industriekapitäne und Wirtschaftsmanager in der Lage seien, für die Mehrheit des Volkes die wirtschaftliche Zukunft verbindlich zu bestimmen. Wörtlich heißt es in dem Mai-Aufruf:

„Wir erwarten von Bundestag und Bundesregierung, daß sie angesichts der guten Erfahrungen mit der qualifizierten Mitbestimmung in der Montanindustrie noch in dieser Legislaturperiode die Mitbestimmung auch in den Großunternehmen der übrigen Wirtschaftszweige einführen.“

Für dieses Ziel, „noch in dieser Legislaturperiode“, d. h. bis spätestens 1969, die durchgehende Erweiterung der Mit-

bestimmung auf alle Großbetriebe zu erreichen, lohnt sich der volle gewerkschaftliche Einsatz. Es ist eine erfreuliche Zwangsläufigkeit, daß sich mit der Realisierung dieser Aufgabenstellung die Position des Arbeitnehmers in der Wirtschaft spürbar gegenüber der jetzigen verbessert. —ert

Leber kritisiert Gewerkschaften

Der Vorsitzende der IG Bau-Steine-Erden, Leber, hat auf den Bezirkstagungen seiner Gewerkschaft in Süddeutschland mehr Geld für die Bildung gefordert. Befremden bei den Gewerkschaftskollegen hat in diesem Zusammenhang seine Bemerkung hervorgerufen, er müsse andere Gewerkschaften generell kritisieren, weil sie nicht genügend darüber nachdächten, was sie mit der von ihnen geforderten erweiterten Mitbestimmung eigentlich anfangen wollten. Die bisher vorhandenen Mitbestimmungsmöglichkeiten würden von den Arbeitnehmern nur unzulänglich wahrgenommen, und man solle darum in der Mitbestimmungsfrage erst einen Schritt weitergehen, wenn die bisherigen Mitbestimmungsmöglichkeiten voll ausgeschöpft seien.

Abgesehen von der anmaßenden Behauptung, die „anderen Gewerkschaften“ dächten nicht genügend über die Mitbestimmung nach, sind die leichtfertigen Redensarten Lebers Wasser auf die Mühlen der Unternehmer. Die bisherige Mitbestimmungspraxis hat jedenfalls bewiesen, daß die Gewerkschaftsvertreter in den Mitbestimmungsorganen ebenso wie die Betriebsräte im Rahmen der Bestimmungen ihre Funktionen im ganzen gesehen durchaus zufriedenstellend wahrgenommen haben.

Es wäre darum Georg Leber anzuraten, seinerseits genügend darüber nachzudenken, ob es im Interesse der Gewerkschaften liegt, in der Öffentlichkeit halbfertige Urteile abzugeben und so die Gewerkschaftsgegner mit Argumenten zu versorgen.

Wem gehört die Wirtschaft?

Die 2350 deutschen Aktiengesellschaften sind, nach einer Untersuchung des Statistischen Bundesamtes, mit einem Grundkapital von nominal 45,4 Milliarden DM ausgestattet. Davon sind 11,8 Milliarden DM im Besitz sogenannter Muttergesellschaften. Etwas mehr als 6,5 Milliarden DM des Nominalkapitals befinden sich im Besitz von Ausländern, und über 6,1 Milliarden DM sind Eigentum der öffentlichen Hand. 7,4 Milliarden liegen als Dauerbesitz bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Der Restbetrag von 13,5 Milliarden DM ist breit gestreut.

Lohn- und Gehaltserhöhungen bei VW

Die bereits im Januar aufgenommenen Tarifverhandlungen für die 95 000 Arbeiter und Angestellten der Volkswagen-Werke haben jetzt zu einem Ergebnis geführt. Es entspricht den Regelungen des 2. Erbacher Abkommens für die metallverarbeitende Industrie, bezogen auf die besonderen Verhältnisse in den Volkswagenwerken. Die Löhne werden rückwirkend ab 1. Januar 1966 um 6 Prozent und ab 1. Januar 1967 um 5 Prozent erhöht. Die Gehälter wurden ebenfalls rückwirkend ab 1. Januar 1966 um 6 Prozent heraufgesetzt und steigen ab Januar 1967 noch einmal um 2 Prozent. Auch die für Juli 1966 vorgesehene Einführung der 40-Stunden-Woche wurde — wie in der übrigen Metallverarbeitung — auf den 1. Januar kommenden Jahres verschoben.

Schiedsspruch in der Hohlglas-Industrie angenommen

Rückwirkend ab 1. März 1966 erhalten rund 20 000 Arbeiter und Angestellte in der Hohlglas-Industrie Nordrhein-Westfalens, Niedersachsens, Schleswig-Holstein, Hamburgs, Bremens und einzelner Betriebe in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Bayern eine Erhöhung ihrer Löhne und Gehälter. Die Einkommensaufbesserungen gehen auf einen Schiedsspruch zurück, der ab 1. März eine effektive Erhöhung der Stundenlöhne um 20 bis 23 Pfennig und ab 1. September um nochmals 5 Pfennig vorsieht. Das entspricht einer prozentualen Lohnaufbesserung von 6,3 bis 7,3 Prozent. Die Angestellten-Gehälter und die Lehrlingsvergütungen werden zu den gleichen Zeitpunkten zwischen 7 und 8 Prozent erhöht.

Tarifbewegung im Kali-Bergbau eingeleitet

Die IG Bergbau und Energie hat zum 31. Mai dieses Jahres die Lohn- und Gehaltstarife für die rund 20 000 Beschäftigten im Kali- und Steinsalz-Bergbau Hessens, Niedersachsens, Nordrhein-Westfalens und Südbadens gekündigt. Eine konkrete Prozentforderung wurde noch nicht erhoben. Der Hauptvorstand der IG Bergbau teilte jedoch vier Ziele mit, die in der Tarifrunde angestrebt werden sollen: Ausgleich der eingetretenen Kaufkraftverluste, Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivitätsfortschritt des Kali- und Steinsalz-Bergbaus, Anhebung der Nachschichtzulage sowie Überprüfung der Lohnordnung und Gehaltstafeln.

Lohnpause bei Stahl zurückgewiesen

Die Auftragslage und Dividenden sind gut

Stahlarbeiter stärken ihre Metall-Gewerkschaft

In der Eisen- und Stahlindustrie des Landes Nordrhein-Westfalen finden harte Lohnverhandlungen statt. Als Antwort auf die Lohnstopp-Pläne der Ruhrkonzerne hatte die IG Metall die Tarifverträge zum 31. März gekündigt und für die rund 210 000 Beschäftigten dieses Industriezweiges „angemessene“ Lohn- und Gehaltserhöhungen gefordert.

Damit folgte der Gewerkschaftsvorstand den Empfehlungen der großen Tarifkommission für die eisen-schaffende Industrie NRW, deren Mitglieder einmütig das Ansinnen des Arbeitgeberverbandes Eisen und Stahl zurückwiesen, eine einjährige „Lohnpause“ zu vereinbaren. Noch vor jeder Tarifbewegung, so wurde erklärt, habe die Taktik der Unternehmer darin bestanden, die wirtschaftliche Lage im Stahlbereich schwarz in schwarz zu malen, um die gewerkschaftlichen Lohn- und Manteltarifforderungen auf ein Minimum herabzudrücken.

Neben der Lohn- und Gehaltserhöhung verlangte die Tarifkommission eine stärkere tarifliche Absicherung der Löhne. Diese Forderung ist gerade für die Beschäftigten in der eisen-schaffenden Industrie von besonderer Bedeutung, da in diesem Industriezweig nicht nur die Schere zwischen Tarif- und Effektivlöhnen weit auseinanderklafft, sondern auch, weil durch die nichtkontinuierliche Auslastung der Kapazitäten und die Abhängigkeit der Effektivverdienste von der produzierten Tonnenzahl die Löhne ständigen Schwankungen unterworfen sind.

In der Frage der am 1. 7. 1966 fälligen Arbeitszeitverkürzung soll eine Lösung angestrebt werden, die auch den Beschäftigten in den kontinuierlich arbeitenden Betrieben und den in diesen Betrieben vorliegenden Besonderheiten gerecht werden. Das macht deutlich, daß die IG Metall auf der Einhaltung der bereits vereinbarten Arbeitszeitverkürzung besteht, hauptsächlich deswegen, weil die Stahlindustriellen — wie die letzten Monate zeigten — nicht mehr in der Lage sind, bei der 42-Stunden-Woche die Vollbeschäftigung zu garantieren.

Schließlich sollen auch die Probleme, die sich aus den Strukturveränderungen in der Eisen- und Stahlindustrie ergeben, Gegenstand der kommenden Verhandlungen sein. Wie berechtigt dieses Verlangen ist, das unterstreichen die fortwährenden Umbesetzungen in den Betrieben sowie die Ankündigung des Rheinstahl-Konzerns, etwa 1000 Arbeiter zu entlassen.

In einer Erklärung der großen Tarifkommission heißt es, man sei sich einig darüber, daß die Lage und beson-

ders die Aussichten der Stahlindustrie nicht dem ungünstigen Bild entsprächen, das die Arbeitgeber in der Öffentlichkeit zu zeichnen versuchten. Seit Jahresbeginn hätten sich die Stahlpreise wieder gefestigt. Auftragseingang und Produktion seien gegenüber dem Tief vom Ende 1965 merklich gewachsen.

Die Tatsache, daß die eisen-schaffende Industrie einem neuen „Stahlfrühling“ entgegensteht, hinderte die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) aber nicht daran, davor zu warnen, das Ergebnis der Tarifverhandlungen in der Metallindustrie auf die Eisen- und Stahlindustrie zu übertragen. BDA-Hauptgeschäftsführer Dr. Eichler meinte, eine Lohnerhöhung um 6 v. H. sei bei Stahl „einfach nicht drin“.

Dies ist eine offene Unterstützung für die Stahlkonzerne, die sich wiederholt für einen Lohnstopp ausgesprochen und gefordert haben, die Arbeitnehmer sollten sich vor den „wirtschaftlichen Erfordernissen beugen“. Mit anderen Worten: die Stahlarbeiter sollen auf Lohnerhöhungen verzichten, während die Stahlkonzerne weiter hohe Gewinne einzustecken gedenken.

Bei Dividendensätzen, die unverändert zwischen 10 und 14 v. H. liegen, ist es eine Provokation, von der Gewerkschaft eine Lohnpause zu verlangen. Daß es die Stahlindustriellen mit ihrer Absicht ernst meinen, bestätigen auch die angekündigten Massenentlassungen, mit denen die Gewerkschaft unter Druck gesetzt werden soll. Die IG Metall hat alle Ursache, sich in den Tarifverhandlungen die Unterstützung der Hüttenbelegschaften zu sichern, die in den letzten Wochen mehrmals durch Streiks ihre Kampfbereitschaft unter Beweis gestellt haben. —ner

Lohnforderung in der Schuhindustrie

Die ersten Verhandlungen in der schuh- und ledererzeugenden Industrie über eine von der Gewerkschaft Leder geforderte Lohnaufbesserung von 25 Pfennig je Stunde sind ergebnislos geblieben. Die Tarife in diesem Wirtschaftszweig sind von der Gewerkschaft zum 28. Februar bzw. 31. März in allen Tarifbezirken gekündigt worden.

Unternehmer fürchten Bildung im Sinne der Gewerkschaften Tarifbewegung in der Bekleidungsindustrie festgefahren

Die ersten Tarifverhandlungen der Gewerkschaft Textil-Bekleidung mit den Unternehmerverbänden der Bekleidungsindustrie sind ergebnislos verlaufen. Vor allem weigerten sich die Unternehmer, auf die Gewerkschaftsforderung nach einem Bildungsurlaub einzugehen.

Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung fordert Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen um 9 Prozent. Während 8,5 Prozent auf Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung von 41 auf 40 Stunden angerechnet werden sollen, sind 0,5 Prozent der Lohnsumme für einen Bildungsurlaub von 15 Tagen vorgesehen, den die Gewerkschaft für 10 Prozent der Beschäftigten fordert.

Die Tarifverträge der Bekleidungsindustrie sind in den Bezirken Unterfranken und Hessen zum 31. März und in Norddeutschland zum 30. April gekündigt worden. Selbst auf das Angebot der Gewerkschaft, zugunsten des Bildungsurlaubs auf eine umgehende Verkürzung der Arbeitszeit zunächst zu verzichten, gingen die Unternehmer nicht ein.

Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände der Bekleidungsindustrie nahm mit scharfen Erklärungen gegen den Bildungsurlaub Stellung. Angeblich gefährdet er den „geordneten Produktionsablauf empfindlich“. Darüber hinaus könne man von einem Bildungsnotstand in der Bekleidungsindustrie nicht sprechen.

Mit diesen formalen Argumenten widersetzen sich die Arbeitgeber einer dringenden Forderung der Zeit. Aber den wirklichen Grund für ihre Weigerung nannte der Präsident der Bekleidungsindustrie, Dr. Krengel, als er auf einer Pressekonferenz erklärte, der Bildungsurlaub diene nur einer staatsbürgerlichen Weiterbildung „im Sinne der Gewerkschaften“.

Es geht bei dieser Forderung also nicht um materielle Belange. Der Bildungsurlaub macht nur 0,5 Prozent der Lohnsumme aus. Die Unternehmer fürchten offensichtlich, daß die Gewerkschafter, die an einem solchen Bildungsurlaub teilhaben, in Kursen und Lehrgängen tiefer in das undemokratische Wesen der privaten Wirtschaftsordnung eindringen und so zu einer Gefahr für die Herr-im-Hause-Ordnung der Unternehmerschaft werden könnten. Es kann gar nicht genug staatsbürgerliche Weiterbildung „im Sinne der Gewerkschaft“, wie Krengel das formulierte, geben. Denn in der rund hundertjährigen Geschichte der Gewerkschaftsbewegung gingen von dieser noch immer die stärksten Impulse für eine demokratische Gesellschaft aus. Pl.

IG Druck und Papier will kündigen

Die Industriegewerkschaft Druck und Papier hat bereits angekündigt, daß sie die im September auslaufenden Lohn- und Gehaltstarifverträge für die Arbeitnehmer im graphischen Gewerbe fristgerecht kündigen wird. Wie der Vorsitzende, Heinrich Bruns, auf dem 7. Landesbezirkstag der IG Druck und Papier in Berlin sagte, verpflichte allein schon die außerordentlich starke Teuerungswelle zu der Tarifkündigung.

„Beitrag zur Währungsstabilität“

Lohnabschluß in der Bauindustrie mit 5,3 Prozent

Reduzierte Vermögensbildungs-Vertrag die Lohnhöhe?

Seit dem 1. April 1966 kommen rund 1,6 Millionen Bauarbeiter in den Genuß einer Lohnerhöhung von 5,3 Prozent, das sind 22 Pfennig auf den Facharbeiter-Ecklohn, der nunmehr 4,45 DM beträgt. Die IG Bau-Steine-Erden hatte eine Lohnaufbesserung von 5,7 Prozent gefordert. Der neue Tarifvertrag gilt 12 Monate.

Der Gewerkschaftsvorsitzende, Georg Leber, wertete das Lohnabkommen als einen Beitrag zur Stabilisierung der Währung. Die IG Bau habe sich bewußt im Rahmen der vom volkswirtschaftlichen Sachverständigenrat empfohlenen Leitlinie gehalten. Die Gewerkschaft werde jetzt sehr genau beobachten, ob sich auch der Staat und die Unternehmer bei ihrer Ausgabenpolitik in diesem Rahmen halten.

Die Arbeitszeitverkürzung stand bei den Tarifverhandlungen nicht zur Diskussion. Nach Georg Leber ist die gegenwärtige Konjunkturlage für Arbeitszeitverkürzungen in der Bauindustrie ungünstig. Dieses Mittel will die Gewerkschaft noch zurückhalten, um bei einem weiteren Abflachen der Baukonjunktur mit Hilfe der Arbeitszeitverkürzung Arbeitsplätze zu sichern. Entsprechend dem Arbeitszeitabkommen von 1965 soll am 1. April 1968 die durchgehende 40-Stunden-Woche im Baugewerbe eingeführt werden. Gegenwärtig beträgt die tarifliche Arbeitszeit an fünf Wintermonaten 40 Stunden, während in den übrigen sieben Monaten die 42-Stunden-Woche gilt.

Ausdrücklich erklärte die IG Bau-Steine-Erden, daß der sogenannte Ver-

Die Forderung im DGB-Aktionsprogramm nach Einführung der 40-Stunden-Woche ist in der westdeutschen Wirtschaft noch wenig verwirklicht. Nur 500 000 Arbeitnehmer kommen bisher in den Genuß einer tariflichen Arbeitszeit von 40 Wochenstunden. Den Anfang hatte die Zigarettenindustrie gemacht. Zahlenmäßig steht jedoch das graphische Gewerbe mit 180 000 Beschäftigten an der Spitze der Wirtschaftszweige, in denen nur 40 Stunden gearbeitet wird. Dazu kommen kleinere Gruppen der Nahrungsindustrie und fast der gesamte Mühlen Sektor.

Das Bild wird sich ab 1. Januar 1967 wesentlich ändern, wenn rund 3,6 Millionen Beschäftigte in der metallverarbeitenden Industrie zur 40-Stunden-Woche übergehen. Ab 1968, so sehen es jedenfalls die Vereinbarungen vor, soll auch für 1,6 Millionen Beschäftigte im Bauhauptgewerbe die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich wirksam werden.

mögensbildungs-Vertrag auf die Lohnhöhe keinen Einfluß hatte. Bekanntlich ist seit dem 1. Januar 1966 in der Bauindustrie ein Verfahren wirksam, wonach jenen Arbeitnehmern, die sich daran beteiligen, vom Unternehmer 9 Pfennig pro Arbeitsstunde gutgeschrieben werden, wenn sie selbst 2 Pfennig besteuern. Das Geld wird für fünf Jahre festgelegt. Bis jetzt beteiligen sich etwa 40 Prozent der gewerblichen Arbeitnehmer im Bausektor daran.

Diese „Vermögensbildung“ soll angeblich zusätzlich zum Lohn erfolgen. Die Tatsache, daß die Lohnaufbesserung mit 5,3 Prozent recht niedrig ausgefallen ist, läßt jedoch vermuten, daß die vermögenswirksamen Leistungen, die etwa 2 Prozent der Lohnsumme ausmachen, etwas schuld daran sind.

Außerdem entspricht die Lohnerhöhung in etwa dem geschätzten Produktivitätszuwachs für 1966 in der Bauindustrie, so daß die Preissteigerungen, die seit Beginn des Jahres mehr als 4 Prozent ausmachen, in der diesjährigen Lohnrunde unberücksichtigt bleiben und damit einseitig zu Lasten der Bauarbeiter gehen. -an

Keine Stabilisierung der Preise

Keine Ursache, bei Lohnforderungen kurz zu treten

In nur 3 Jahren Verteuerungen von 12 Prozent

Die ersten Monate des Jahres 1966 haben alle Hoffnung auf ein Ende der Preissteigerungen zunichte gemacht. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes stiegen die Lebenshaltungskosten im Januar um 4,2 und im Februar sogar um 4,3 Prozent. Diese Entwicklung dürfte sich auch im März fortgesetzt haben. Weitere Verteuerungen sind zu erwarten, wenn die bereits wirksame Erhöhung der Bahnlarife und Postgebühren von der Wirtschaft auf die Verbraucherpreise abgewälzt wird.

Für einen Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen liegt der Preisindex jetzt bei 111,7 gegenüber 100 Ende 1962. Innerhalb von drei Jahren ist also eine allgemeine Verteuerung der Lebenshaltungskosten von fast 12 Prozent eingetreten. Noch ungünstiger sehen die Verhältnisse bei Verbrauchern mit kleinem oder niedrigerem Einkommen aus. Sie sind am stärksten von den Preissteigerungen betroffen. So weist der Index des Statistischen Bundesamtes für Februar 1966 bei einem Rentnerhaushalt 114,1 Prozent aus, unter Zugrundelegung der Indexzahl 100 Ende 1962.

Berücksichtigt man diese schon leicht inflationäre Preisentwicklung, so entfällt jede Notwendigkeit für eine besondere Zurückhaltung in der Lohnpolitik. Die Preissteigerungen haben ein Ausmaß erreicht, das Lohnerhöhungen von nur 5 bis 6 Prozent schon fast aufzehrt. Der beachtliche Produktivitätszuwachs in der Wirtschaft würde dabei unberücksichtigt bleiben und einseitig den Unternehmern zugute kommen.

Bereits vor drei Jahren haben die Gewerkschaften mit betont niedrigen Lohnabschlüssen und extrem langen Laufzeiten einmal versucht, dem „Lohn-Preis-Argument“ den Boden zu entziehen. Das Experiment ist seinerzeit gescheitert und eine Wiederholung nicht ratsam.

Hohe Tarifierhebungen bei der Bundespost

Seit dem 1. April sind bei der Bundespost die neuen Gebühren in Kraft, die zum Teil erhebliche Verteuerungen für die Dienstleistungen bringen. Das Postministerium rechnet als Folge davon mit Mehreinnahmen von 500 Millionen Mark im laufenden Jahr.

Von den Gebührenerhöhungen betroffen sind die Standardbriefe, Postkarten, die verschiedenen Drucksachen, Briefdrucksachen, Massendrucksachen, die Nachnahmegebühr, die Eilzustellgebühr, Einschreibgebühr sowie Gebühren für Pakete, Auslandsbriefe und andere Dienstleistungen. So kostet jetzt ein Standardbrief 30 statt 20 Pfennig, die Postkarte 20 statt 15 Pfennig,

die Eilzustellgebühr wurde von 80 Pfennig auf 1,00 DM heraufgesetzt, die Zustellgebühr für ein Paket verdoppelt sich von 30 auf 60 Pfennig.

Preiserhöhungen für den Volkswagen

Wie der Generaldirektor des Volkswagenwerkes, Nordhoff, anlässlich der letzten Lohnbewegung in der Metallindustrie bereits angedroht hatte, sind jetzt die Preise für Volkswagen um etwa 3 Prozent heraufgesetzt worden. Die IG Metall hat diese Preiserhöhung verurteilt und erklärt, daß die Entscheidung ungeachtet eindringlicher Vorstellungen Otto Brenners, der gleichzeitig stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender des Volkswagenwerkes ist, gefallen sei. Mit Rücksicht auf die allgemeine Preisentwicklung hatte die IG Metall von einer Erhöhung der VW-Preise abgeraten. Nach ihrer Auffassung sollen durch die Preiserhöhung zusätzliche Gewinne für das Volkswagenwerk erzielt werden. Das ergibt sich nicht zuletzt aus der Tatsache, daß die notwendigen Investitionen des Volkswagenwerkes aus der vorgesehenen Kapitalerhöhung sowie aus den üblichen Abschreibungen vollauf gedeckt werden können.

Im übrigen fragt man sich, ob die Firmenleitung des Volkswagenwerkes die „Volksaktionäre“ danach gefragt hat, wie sie über diese Preiserhöhung urteilen.

Benzinpreise sollen wieder steigen

Die Pläne für eine Erhöhung der Mineralölsteuer nehmen immer mehr Gestalt an. Während ursprünglich an eine Heraufsetzung um 3 Pfennig je Liter gedacht war, wird man sich in Bonn — nach dem gegenwärtigen Stand der Beratungen — vermutlich auf 5 Pfennig einigen. Angeblich soll die höhere Mineralölsteuer für die zusätzliche Finanzierung des kommunalen Verkehrswegebauherangezogen werden. Da aber die diesbezüglichen Anforderungen der Gemeinden schon mit einer Heraufsetzung der Mineral-

ölsteuer um 1 oder 2 Pfennig je Liter befriedigt werden könnten, drängt sich der Verdacht auf, daß darüber hinaus den Kraftfahrzeughaltern die Schließung weiterer Deckungslücken im allgemeinen Bundeshaushalt aufgebürdet werden soll. Die Heraufsetzung der Mineralölsteuer, die wahrscheinlich am 1. Januar 1967 in Kraft tritt, würde die erst kürzlich gesenkten Benzinpreise noch über das vorherige Niveau hinauftreiben.

Starke Erhöhung der Schuhpreise

Die Schuhe der Frühjahrs- und Sommersaison sind spürbar teurer geworden. Der Schuhhandel ist von dem Ausmaß der bereits erwarteten Preissteigerungen überrascht. So verlangen die Schuhfabriken für Damenschuhe um 5 bis 7 Prozent höhere Preise bei zum Teil gleichzeitig verminderten Qualitäten. Auf Damenschuhe entfallen zwei Drittel der Produktion. Herrenschuhe werden um mindestens 10 Prozent teurer.

Stahlwerk für China

Die Beteiligung bundesdeutscher Fabriken an dem geplanten Bau eines Stahlwerkes in der Volksrepublik China hat die Amerikaner, die engsten Bundesgenossen Westdeutschlands, auf den Plan gerufen. Das Stahlwerk, das Karosserie- und Konservendosenblech herstellt, wenn es in etwa vier Jahren seine Produktion aufnehmen kann, widerspricht nach der Auffassung der US-Regierung den „Bündnispflichten“ der Bundesrepublik.

Es genügt den USA nicht, daß die Regierung ein Lazarettsschiff nach Vietnam schickt, darüber hinaus wollen es sich die USA verbeten haben, ihre merkantilen Kreise in Ostasien durch die Bundesrepublik stören zu lassen. Die Frage ist, ob sich hier das gleiche anbahnt wie die Affäre um die Röhrenlieferungen in die Sowjetunion, bei der die Bundesregierung sich eifertig den Forderungen der US-Regierung gebeugt hat, mit dem Resultat, daß die anderen „NATO-Freunde“ der USA das Geschäft gemacht haben.

Bei der einhundertfünfzigprozentigen Bündnisgesinnung der Bundesregierung ist es — trotz aller vernünftigen Stimmen, die davon abraten — durchaus möglich, daß die Bundesregierung vor den USA kapituliert und die notwendige Kreditbürgschaft für die Beteiligung der deutschen Firmen ablehnt.

Den Frauen muß geholfen werden

Doppelbelastung durch Haushalt und Beruf abbauen

Gesellschaftliche Gleichberechtigung hat Voraussetzungen

Oft wird uns Frauen der Vorwurf gemacht, wir würden uns zuwenig um die politischen und Tagesfragen kümmern. Ganz kraft war es nach der Bundestagswahl, als man uns für den CDU-Sieg verantwortlich machen wollte.

Die Untersuchung dieser Frage ist nach meiner Meinung notwendig, um zu den Ursachen zu kommen, warum sich die Frauen so wenig um Politik kümmern. Fast jede dritte verheiratete Frau geht heute arbeiten, um so das Einkommen der Familie zu erhöhen. Der Verdienst des Mannes allein reicht eben nicht aus, um allen Verpflichtungen gerecht zu werden. Aber das soll nicht Gegenstand dieser Überlegungen sein.

Morgens muß die berufstätige Frau und Mutter schon zeitig aufstehen, um alles Notwendige vorzubereiten, damit die Familie ihre Ordnung hat. Dazu gehört das Frühstück so gut wie die Kleidung für die Kinder und noch vieles andere mehr. Dann rennt sie in den Betrieb. Und dort wird ihr wirklich nichts geschenkt! Wenn sie auf ihren Verdienst kommen will, muß sie in Qualität und Tempo der Arbeit mithalten und den Anforderungen gewachsen sein. Kein Unternehmer verschenkt etwas, im Gegenteil: Die große Anzahl auch der Frauen, die das Rentenalter nicht erreichen und schon früher aus dem Berufsleben ausscheiden müssen, sprechen eine deutliche Sprache.

Nach acht bis neun Stunden Arbeit sind alle, gleich, ob Mann oder Frau, „fertig“. Für die verheiratete Frau und Mutter fängt aber jetzt die zweite Schicht an. Der Haushalt und die Familie wollen versorgt sein. Nicht selten muß dann in der Freizeit noch die große Wäsche gewaschen werden, denn die Preise der Wäschereien sind „nicht ohne“ und für eine größere Familie einfach nicht zu erschwingen.

Da in vielen Betrieben die Fünf-Tage-Woche besteht, haben viele Frauen keinen Anspruch auf einen bezahlten Hausarbeitstag mehr. Das freie Wochenende reicht aber nicht aus, um alle liegengeliebenen Arbeiten zu erledigen. (In manchen Mietverträgen wird es sogar verboten, am Wochenende Wäsche zu waschen.)

Auch die Kinder, die tagsüber allein sind, wollen am Abend etwas von ihrer Mutter haben. Oft ist auch Hilfe und Durchsicht der Schularbeiten notwendig. Die Lehrer sind durch hohe Klassenfrequenzen überlastet und können sich nicht um jeden einzelnen Schüler kümmern.

Diese Überlastung der Frau geht im Laufe der Zeit über ihre Kräfte. Nervosität und Krankheit sind die Folgen; auch die Ehe leidet darunter. Wenn der Tag herum ist, ist die Frau froh, es wieder einmal geschafft zu haben

und endlich zur Ruhe zu kommen. Viele Frauen machen Spätschicht, weil sie so die meiste Zeit für ihre Familie haben. Oft haben sie nur wenige Stunden Schlaf.

Angesichts dieser Tatsachen ist es kein Wunder, daß die Bundesrepublik in der Mütter- und Säuglingssterblichkeit an der Spitze aller vergleichbaren Länder liegt. Wo bleibt bei einem solchen Tagespensum noch Zeit, sich um andere Fragen zu kümmern, und seien es Probleme der Gewerkschaften? Wo sollen diese Frauen die Zeit für ihre Weiterbildung hernehmen? Wann sollen sie Versammlungen besuchen? Es gehört wirklich sehr viel Energie und Kraft dazu, wenn einige Frauen ihren engen Kreis durchbrechen und am gewerkschaftlichen und politischen Leben teilnehmen.

Es gilt ja auch noch viele alte Vorurteile auf diesem Gebiet zu überwinden, nach denen sich die Frau um den Haushalt und die Kinder sorgen soll, die Politik aber Sache der Männer sei. Auch ist noch nicht jedem Manne klar, daß die Gleichberechtigung an der Wohnungstür nicht halt macht (oder machen sollte).

Diese Beispiele, die sich nur auf ein Bruchteil der Probleme beschränken, machen eines deutlich: Mit Jammern und Klagen über die politisch uninteressierten Frauen ist es nicht getan. Auch die schönsten Gesetze über die Gleichberechtigung helfen nichts, wenn nicht zugleich Mittel und Wege gefunden werden, um den Frauen zu helfen, den ihnen in unserer Gesellschaft zustehenden Platz auch wirklich einzunehmen.

Solche helfenden Maßnahmen könnten nach meiner Meinung u. a. sein:

■ Allen berufstätigen Frauen wird monatlich ein bezahlter Hausarbeitstag gesetzlich garantiert und gewährt.

■ Alle berufstätigen Frauen unterstehen einem vorbeugenden Gesundheitsschutz. Dabei ist vorbeugenden Kuren große Beachtung zu schenken. Diese Kuren sind kostenlos und nicht auf den Urlaub anzurechnen.

■ Die gewerkschaftlichen Forderungen nach Verbesserung des Mutterschutzes sind schnellstens und in vollem Umfang zu realisieren.

■ Verstärkter Bau und Ausbau von städtischen Kindergärten.

■ Schaffung von Betreuungsmöglichkeiten in den Schulen nach Unterrichtsschluß.

■ Einrichtung und Ausbau von Wäschereien. Durch Preiskontrollen und eventuelle Zuschüsse sind soziale Preise zu sichern.

Freilich kostet das alles Geld. Sollte das aber nicht für uns Frauen übrig sein, noch dazu, wo die Bundesrepublik wirtschaftlich an der zweiten Stelle der westlichen Welt liegt?

Die benötigten Mittel wären sofort frei, wenn Bonn die Mittel für die Rüstung, die heute unser Geld und morgen unser Leben kosten kann, einschränken würde. Wir alle wollen Sicherheit für uns und unsere Familien. Sicherheit garantiert uns aber eine bis an die Zähne und mit Atomwaffen ausgerüstete Bundeswehr nicht.

Sollten nicht gerade wir Frauen an einer friedlichen Entwicklung interessiert sein? Darum sollten wir uns für die großen und kleinen Probleme interessieren und uns für unsere berechtigten Forderungen einsetzen. Wir Frauen sind bereit, unseren Platz und Verantwortung in der Gesellschaft, in der wir leben, zu übernehmen; doch dabei muß uns geholfen werden.

Hanna Dreyer

IG Metall feiert 75jähriges Jubiläum

Am 3. und 4. Juni 1966 finden in Frankfurt a. M. die Feierlichkeiten zum 75. Gründungsjubiläum der Industriegewerkschaft Metall statt. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband, die Vorläuferorganisation der IG Metall, wurde Anfang Juni 1891 in Frankfurt am Main gegründet. Der Vorstand der IG Metall gibt am 3. Juni in Frankfurt einen großen Empfang. Am 4. 6. findet dann in der Frankfurter Festhalle in Anwesenheit von mehr als 5000 Mitgliedern der IG Metall aus dem ganzen Bundesgebiet ein Festakt statt, in dessen Mittelpunkt eine Ansprache des 1. Vorsitzenden der IG Metall, Otto Brenner, und die Uraufführung eines speziell für diesen Zweck komponierten Oratoriums „Die Solidarität“ statt. Die Musik stammt von Hans-Ulrich Engemann, der Text von Heinz Winfried Sabais.

Das 75jährige Jubiläum ist auch der Anlaß zur Ehrung von 123 000 Mitgliedern, die der IG Metall seit vier Jahrzehnten angehören. Für sie werden in den Verwaltungsstellen im ganzen Bundesgebiet Feiern veranstaltet, bei denen sie als Jubiläumsgeschenk die im Auftrag des Vorstandes der IG Metall geschriebene Geschichte der Industriegewerkschaft Metall erhalten.

Mitbestimmung und Automationschutz

Forderungen der IG Chemie-Angestelltenkonferenz

Gesamtwirtschaftliche Normen für Lohnpolitik abgelehnt

Die Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik veranstaltete Anfang März in Nürnberg ihre 6. Zentrale Angestelltenkonferenz. Auch in der chemischen Industrie wächst die Bedeutung der Angestellten ständig. Seit 1954 stieg die Zahl der Chemie-Beschäftigten allgemein um 39 Prozent, die Zahl der Angestellten aber um 77 Prozent. Auf der Konferenz befaßten sich die Delegierten von über 60 000 in der Gewerkschaft organisierten Angestellten in drei Arbeitskreisen mit den Problemen der Automation, der Sozialpolitik und mit Fragen der Mitbestimmung.

In seinem Eröffnungsreferat ging der Gewerkschaftsvorsitzende Wilhelm Gefeller auch auf die Notstandsgesetzgebung ein. Er wandte sich gegen eine „voreilige und tendenziöse Beurteilung“ der gewerkschaftlichen Haltung in der Notstandsfrage. Mit einem offensichtlichen Seitenhieb gegen den OTV-Vorsitzenden Heinz Kluncker sagte Gefeller, daß die Gewerkschaften keineswegs über einige Zweifler hinweg zur Tagesordnung übergingen. Vielmehr müsse über diesen Fragenkomplex eine breite gewerkschaftliche Diskussion stattfinden.

Auf der Konferenz meldete die IG Chemie erneut den Anspruch der Arbeitnehmer auf Mitbestimmung in der Wirtschaft an. Den Anspruch auf Mitbestimmung und Mitverantwortung, sagte Wilhelm Gefeller, leiten die Gewerkschafter aus der Bejahung des Staates ab. Unter Hinweis auf die Aktivität der neonazistischen Kräfte rief Gefeller die Angestellten und alle Gewerkschafter auf, zu schützen, was sie geschaffen haben. Wörtlich sagte Gefeller:

„Wenn es wahr ist, daß die Wirtschaft unser Schicksal ist, dann wollen wir über unser Schicksal mitbestimmen. Die Zeit der patriarchalischen Meisterbetriebe ist vorbei. In wirtschaftlichen Riesengebilden regiert das Management. Wir sind nicht bereit, in solchen Riesenunternehmen, die aber tausende Menschen beschäftigen, die Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes als ausreichend anzusehen.“

Eine große Rolle spielte auf der Konferenz die Automation und ihre sozialen Folgen für die Angestellten. Die Forderung nach Ausdehnung der Mitbestimmung tauchte auch in diesem Zusammenhang auf, insbesondere für den Bereich der Arbeitsgestaltung und Arbeitsorganisation in Büros und Verwaltungen sowie bei der Festlegung und Normung menschlicher Arbeitsleistung.

■ Für den Fall der Entlassung aus Gründen von Rationalisierung oder Automation fordert die IG Chemie-Papier-Keramik für den Verlust des betrieblich erworbenen Sozialstandards eine angemessene Entschädigung als einmalige Abfindung.

■ Im Falle einer innerbetrieblichen Umsetzung müsse die bisherige Gehaltshöhe in jedem Fall gesichert bleiben.

■ Bei Umsetzungen und Herabgruppierungen verlangt die Gewerkschaft eine einmalige Abfindung in vielfacher Höhe des Differenzbetrages des bisherigen und künftigen Gehaltes.

■ Bei Umschulungen aus Gründen der Automation sollen den betroffenen Angestellten Ausbildungsbeihilfen aus Betriebsmitteln gewährt werden. Die Fortzahlung des Gehalts in gleicher Höhe müsse für diesen Zeitraum gesichert werden.

Rationalisierung im VW-Werk

Auch darum sind Lohnerhöhungen nötig und berechtigt

Mit immer weniger Arbeitskräften höhere Leistungen

Heinrich Nordhoff, der Generaldirektor des Volkswagen-Werkes, hat sich vor einiger Zeit vor dem österreichischen Industriellenverband über seine Erfahrungen bei der Automatisierung ausgelassen. Als Beispiel führte Nordhoff an, daß früher 80 Arbeiter ein Teil des Kurbelwellengehäuses des VW-Motors mit 34 Maschinen herstellten. Die tägliche Stückzahl betrug damals 3100. Heute würden an drei Transferstraßen mit 23 Arbeitern 4400 Stück gefertigt.

Soweit seine Rechnung, aus der er dann die statistisch nicht mehr exakt belegte Folgerung ableitet:

„Es wird so gern aus der Gegenüberstellung von Produktion und Kräfteaufwand geschlossen, wieviel mehr der Arbeiter eigentlich verdienen müßte. Das gilt nur sehr bedingt. Denn diese Mehrarbeit haben ausschließlich Maschinen übernommen, die das allerdings auch nicht umsonst tun, wie der Investitionsbedarf zeigt.“

Einen unbestrittenen Grundsatz kapitalistischer Wirtschaftsführung wird allerdings auch Nordhoff anerkennen, nämlich, daß arbeitskräftesparende Investitionen nur vorgenommen werden, wenn der Kapitalmehraufwand unter den Lohneinsparungen bleibt. Nordhoffs weitere Bemerkung, daß die neue Anlage 50 Prozent mehr als die alte gekostet habe, bestätigt dies.

■ Spätestens vom 50. Lebensjahr an soll nach den Vorstellungen der IG Chemie keine Herabgruppierung mehr möglich sein. Gleichzeitig soll das Gehalt bis zum Ende des Arbeitslebens durch Umsetzungen usw. nicht mehr zu reduzieren sein.

Auf dem Gebiet der Sozialpolitik forderte die Angestelltenkonferenz die Erhöhung der Altersrente auf 75 Prozent des letzten Arbeitseinkommens. Außerdem soll das Rentenalter stufenweise von gegenwärtig 65 auf 60 Jahre herabgesetzt werden.

In seinem Schlußreferat erklärte der Leiter der Abteilung Angestellte und Sozialpolitik im Hauptvorstand der IG Chemie - Papier - Keramik, Ferdinand Eichhorn, daß sich die Gewerkschaft bei künftigen Lohnforderungen nicht an der Zuwachsrate des Sozialprodukts orientieren werde. Gesamtwirtschaftliche Daten kämen für die Lohnpolitik der IG Chemie nicht in Betracht. Bei einer Zuwachsrate von 20 Prozent in der chemischen Industrie sei es absurd, etwa nur 5 Prozent oder weniger zu verlangen. — In der chemischen Industrie laufen die Lohn- und Gehalts- tarife erst Ende 1966 aus. K. K.

Geht man nämlich, die Nordhoffsche Rechnung fortsetzend, davon aus, daß die neue Anlage einen um 42 Prozent höheren Ausstoß bringt, während die Kosten nur 50 Prozent mehr als die der alten betragen, so heißt das nichts anderes, als daß je Teil des Kurbelwellengehäuses nur um sechs Prozent höhere Kosten für Anlagen anfallen. Dem steht eine Einsparung der Arbeitskräfte von 70 Prozent gegenüber.

Nach der Handelsbilanz des Unternehmens läßt sich die organische Zusammensetzung des Kapitals nicht genau ermitteln. Man kann aber zwischen Anlage- plus Umlaufvermögen einerseits und Lohnkosten andererseits ein Verhältnis von etwa 4:1 annehmen. Selbst wenn Herr Nordhoff zu einem etwas anderen Verhältnis käme, bliebe die Tatsache bestehen, daß der weitaus größere Teil der Lohneinsparungen reinen Profitzuwachs darstellt.

Pflegesätze

Ein sozialpolitischer Skandal ersten Ranges ist, was sich das Bonner Gesundheitsministerium mit der neuen Pflegesatzverordnung für die Krankenhäuser geleistet hat. Danach ist vorgesehen, künftig die vollen Kosten für den Unterhalt der Krankenhäuser mittels der Pflegesätze auf die Patienten bzw. die Krankenkassen abzuwälzen. Das hätte eine unmittelbare, erhebliche Erhöhung der Pflegesätze zur Folge. Die Krankenkassen rechnen mit Mehrkosten von jährlich 1,85 Milliarden DM. Ohne wesentliche Erhöhung der Beiträge könnten die Krankenkassen diese Mehrkosten nicht auffangen. Bezahlen müßten also die Arbeiter und Angestellten.

Der Arbeitnehmer ist ohnehin gegenüber seinen Kollegen in anderen Industrienationen am höchsten mit Steuern und Sozialabgaben belastet. Und auch die Krankenhauspflegesätze sind in der Bundesrepublik rapide gestiegen. 1950 haben sie im Durchschnitt noch 6,42 DM betragen. Bis 1963 waren sie auf fast das Vierfache, auf 23,93 DM gestiegen. Und in den letzten beiden Jahren hat es weitere Erhöhungen gegeben.

Zugegeben: Modern eingerichtete Krankenhäuser, die immer wieder notwendige Erneuerung ihrer medizinisch-technischen Einrichtung, sind teuer. Es wird — nebenbei bemerkt — ja auch daran von den einschlägigen Industrien nicht gerade schlecht verdient. Das medizinische und pflegerische Personal verlangt mit Recht eine anständige Bezahlung. Aber eine Ungeheuerlichkeit ist es, wenn sich mit der neuen Pflegesatzverordnung der Staat vollständig seinen Verpflichtungen gegenüber diesen der ganzen Volksgesundheit dienenden Einrichtungen entziehen will!

In jedem Kulturstaat ist die Pflege der Volksgesundheit, um die es in der Bundesrepublik ohnehin nicht zum Besten bestellt ist, und darin eingeschlossen die finanzielle Förderung des Baus und des Unterhalts von Krankenhäusern, eine der vornehmsten Aufgaben des Staates.

DGB und DAG haben gemeinsam mit dem Verband der Träger der Krankenversicherung (und diesmal sogar mit den Arbeitgeberverbänden) gegen die neue Pflegesatzverordnung protestiert. Zum erstenmal in der Geschichte der deutschen Sozialversicherung gab es eine so geschlossene Kundgebung dieser Spitzenverbände. Noch ist dieser Anschlag auf das soziale Recht abzuwehren, wenn der Protest der Gewerkschaften und Kassen-Verbände im ganzen Land, vor allem aber auch durch die Gewerkschafter in den kommunalen Parlamenten, unterstützt wird.

-le

Die Wirtschaft demokratisieren!

Zur Frage der Vermögensbildung und Mitbestimmung

Ein Diskussionsbeitrag

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland erteilt dem Gesetzgeber den Auftrag, den demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu verwirklichen. Das Prinzip des sozialen Rechtsstaats postuliert dies auch für die Wirtschaft und verlangt darüber hinaus die reale Verwirklichung und den realen Vollzug der demokratischen Grundrechte.

Wirtschaftliche Entscheidungen präjudizieren zunehmend auch die politischen Entscheidungen; wer die Wirtschaft und deren technische und soziale Organisation leitet, beherrscht weitestgehend auch den Staat. Die Wirtschaft der BRD wird beherrscht von einer relativ kleinen Gruppe von Großaktionären und Managern, die die Betriebe und Konzerne nach dem Prinzip des größtmöglichen Gewinns leitet.

Das Eigentum an Produktionsmitteln ist einseitig bei einer kleinen Schicht konzentriert. Das Problem der Durchführung des Prinzips des demokratischen und sozialen Rechtsstaates stößt also auf zwei Schwierigkeiten:

1. Ungleiche Vermögensverteilung,
2. Verfügungsgewalt einer kleinen Minderheit über die Wirtschaft.

Das erste Problem versucht z. B. die IG Bau-Steine-Erden durch den sogenannten Leber-Plan anzugehen. Die gegenwärtigen Kapitaleigentümer sollen auf einen kleinen Teil des auf dem Wege der Selbstfinanzierung neuzubildenden Vermögens zugunsten der Arbeitnehmer verzichten. Wenn dadurch im Verlaufe einer gewissen Zeit eine Umverteilung des Produktivvermögens erreicht würde, wäre das ein gangbarer Weg.

Die gegenwärtigen Kapitaleigentümer sind aber nur bereit, einer Vermögensbildung zuzustimmen, wenn diese nicht auf Kosten ihres Anteils geht (Sparen mit steuerlichen Anreizen aus dem eigenen Konsumeinkommen der Arbeitnehmer heraus, wird von den Unternehmern angeregt). Voraussichtlich werden Kapital und Management in den nächsten Jahren einer im Interesse der Sicherung ihrer Stellung liegenden Vermögensbildung aus dem neuzubildenden Produktionsvermögen in den Händen der Arbeitnehmer z. B. bis zu einer Höhe von zehn Prozent zustimmen.

Da wirtschaftliche Verfügungsgewalt nur noch aus dem Eigentum an einem qualifizierten Kapitaleigentum einer Firma oder eines Betriebes erwächst, wird das zweite Problem durch das erste nur teilweise tangiert. Der Träger der wirtschaftlichen Verfügungsgewalt bestimmt aber, was, wo, wie

und wann investiert wird. Er entscheidet damit weitestgehend über die technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Fortentwicklung.

Aus dem Prinzip des demokratischen und sozialen Rechtsstaates läßt sich daher die Forderung nach der demokratischen Entscheidung über diese Lebensfragen ableiten. Die Entscheidung über die Verwendung des aus der Arbeit der Produzenten („Arbeitnehmer“) gebildeten Vermögens steht diesen selbst zu. Eine stufenweise Einführung der Mit- und Selbstbestimmung der eigentlichen Produzenten ist daher vordringlich.

Die 50prozentige Mitbestimmung der Arbeitnehmer kann daher nur als Mittel zum Zweck der Verwirklichung und Durchsetzung einer gesellschaftlichen Selbstverwaltung der Produktion angestrebt werden. Bleibt das Produktionsprinzip des größtmöglichen Gewinns erhalten, so werden die gewerkschaftlichen Aufsichtsratsmitglieder durch ihre Mitarbeit lediglich zu Helfern der Kapitaleigentümer und des mit diesen durch Interessengleichheit verbundenen Managements, deren Stellung sie mit ihrer Tätigkeit festigen (vgl. dazu andere bürokratische Integrationsprozesse). Nur Arbeitnehmervertreter, die sich dieser Anpassungsgefahren voll bewußt sind, werden das Ziel, von der Mitbestimmung und durch die Mitbestimmung zur wirtschaftlichen Selbstbestimmung zu gelangen, nicht aus dem Auge verlieren.

Gesellschaftliche Produktionsweise erfordert auch gesellschaftliche Verwaltung des Produktionsprozesses und gesellschaftliche Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, soll Demokratie nicht nur ein formales Prinzip bleiben. Nur durch Demokratie auch und gerade in der Wirtschaft und im Betrieb, wo das gesellschaftliche Bewußtsein der arbeitenden Bevölkerung gebildet wird, wird man in unserer hochindustrialisierten, arbeitsteiligen Gesellschaft dem vom Grundgesetz ausgesprochenen Prinzip des demokratischen und sozialen Rechtsstaates gerecht, und nur so kann die Verwirklichung und der reale Vollzug der demokratischen Freiheitsrechte gesichert werden. Die Prinzipien der liberalen Demokratie können heute nur durch die soziale Demokratie verwirklicht werden.

R. Je.

Dilemma an der Ruhr bleibt

Nach der Kohlendebatte weitere Zechenstilllegungen

Sozialpläne können Standard der Bergleute nicht sichern

Die Stilllegung der drei Bismarck-Schachtanlagen in Gelsenkirchen mit einer Belegschaft von 7300 Mann und einer Förderung von 2,8 Mill. Tonnen pro Jahr ist von Dr. Burckhardt als „der Beginn einer neuen Stilllegungswelle“ bezeichnet worden. Diese Welle, die bei den Bergleuten des Ruhrreviers und weiten Bevölkerungskreisen heftige Erregung hervorgerufen hat, brandete bis nach Bonn und hat dort einige selbstzufriedene Gemüter aufgeschreckt, die bisher die „Anpassung“ der Förderung an die Marktverhältnisse vertreten und betrieben haben.

Alle bisherigen Maßnahmen zur Kohlenpolitik, wie Kohlenkontingente, Kohlenzoll, Heizölsteuern usw., haben sich als ein Herumpfuschen an Symptomen erwiesen. Sie haben die Krise nicht behoben, vielmehr hat sich diese Krise verschärft und wird eine weitere Zuspitzung erfahren, wenn nicht grundlegende Maßnahmen dagegen ergriffen werden.

Um diese Maßnahmen ging es eigentlich bei den Energiedebatten im Landtag von Nordrhein-Westfalen und im Bundestag. Bundeswirtschaftsminister Schmücker hat Mitte März vor dem Bundestag ein Sieben-Punkte-Programm bekanntgegeben, das jedoch eine grundlegende Wende in der Energiepolitik nicht bewirkt. Die Stilllegungen von Zechenanlagen sollen weitergeführt und so prämiert werden, daß sie als „Anreiz für die Stilllegung“ (Schmücker) wirken.

Die jetzige Prämierung beträgt bei einer vollen Aufgabe der Förderkapazität 35 DM je Tonne, dazu an Einsparungen von Lastenausgleich und Steuern mindestens 16 DM. Weiter kommen noch Entschädigungen für die Stilllegung von Kokereien, Kraftwerken usw., hinzu, so daß mit einer Prämie von mindestens 70 bis 80 DM je Tonne stillgelegter Kapazität gerechnet werden kann. Davon müssen allerdings die fördernden Zechenanlagen 40 bis 50 DM durch eine Umfrage aufbringen. Die Forderung der Zechenkonzerne läuft darauf hinaus, von dieser Umlage befreit zu werden und sie dem Steuerzahler aufzubürden und gleichzeitig die Prämien selbst noch zu erhöhen.

Ein weiteres gravierendes Problem sind die Bergschäden. Die Zechenkonzerne wollen von dieser Belastung befreit werden. Das wäre eine Subvention der Konzerne, die durch eine Herabsetzung der Kohlenpreise kompensiert werden müßte. Aber es geht außerdem um rund eine Milliarde DM, die als Rücklagen für Bergschäden in den Bilanzen der Steinkohlengesellschaften stehen. Sollte eine Ablösung der Bergschäden erfolgen, so müßte diese Milliarde unbedingt dem neuen Bergschädenfonds überwiesen werden, sonst würde die Riesensumme als Sonderprofil in die Taschen der Aktionäre fließen.

Während die Kohlenkönige aus der Stilllegungsaktion ein glänzendes Geschäft zu machen verstehen, trägt die Lasten allein der Bergmann. Aber die Angst der Regierung in Bonn vor der Erregung der Bergarbeiter ist nicht gering. „Wenn es an der Ruhr brennt, dann hat der Rhein nicht genug Wasser zum Löschen, und wenn man auch die Donau noch hinzunimmt“, sagte der Fraktionssprecher der CDU, Dr. Barzel, in Dortmund.

Mit Sozialplänen soll nun der politische „Brand“ niedergehalten werden. Damit wird aber das in der Öffentlichkeit abgegebene Versprechen, den Lebensstandard des Bergmannes nicht absinken zu lassen, keineswegs ein-

gelöst. Zwar soll nach dem Sozialplan ein entlassener Bergmann für ein bis drei Jahre eine bescheidene Hilfe bekommen, aber dann ist er sich selbst überlassen.

Das trifft insbesondere jene Bergleute, die erst in der Nachkriegszeit durch Versprechungen der Regierung in die Zechen gelockt wurden und bisher ein rentenpflichtiges Alter nicht erreicht haben. Diese etwa 80 Prozent der Belegschaften werden eine sehr fühlbare Minderung ihres Lebensstandards erfahren. Tatsächlich gibt es nur eine Sicherung des Sozialstatus der Kumpel, und das ist die Aufrechterhaltung der Kohlewirtschaft, also der Förderung.

Die Steinkohle hat im Jahre 1965 noch doppelt soviel Energie geliefert wie das Heizöl. Aber das Öl dringt rasch vor, weil die internationalen Ölkonzerne durch niedrige Kampfpreise die Kohlewirtschaft zugrunde richten wollen. Gelingt ihnen das, dann werden — darin sind sich alle Energiewirtschaftler einig — die Preise sehr schnell erhöht werden.

Die Bergleute verteidigen mit der Erhaltung ihrer Arbeitsstätten nicht nur ihren Sozialstatus und ihren gesicherten Lebensabend, sondern zugleich auch die volkswirtschaftlichen und gesamtnationalen Interessen Deutschlands. Alfred Stein

Im Würgegriff der US-Konkurrenz

Gelsenkirchener Bergwerks-AG unter Knebelvertrag

Die Staatsanwaltschaft hat auf Veranlassung eines Aktionärs Ermittlungen gegen die Gelsenkirchener Bergwerks-AG angestellt. Laut Angaben des Aktionärs soll der Vorstand der GBAG auf der letzten Hauptversammlung falsche Auskünfte erteilt haben, die den Vertrag mit dem US-Ölkonzern Socony-Mobil Oil betreffen.

Zwischen der GBAG und der Socony-Mobil Oil bestehen seit 1951 enge Beziehungen. Die amerikanischen Konzernbosse hatten sich damals erbaten, von den Alliierten eine Produktionsgenehmigung für die GBAG-Raffinerie Gelsenberg zu erwirken. Dafür mußte sich die Gelsenkirchener Bergwerks-AG verpflichten, die Gelsenberg-Gewinne zu teilen und ihren gesamten Ölbedarf 30 Jahre lang bei der Socony Mobil Oil zu „posted prices“ zu decken. Die Listenpreise des amerikanischen Öl-Giganten entsprachen 1951 den Weltmarktpreisen, liegen aber gegenwärtig bis zu 15 DM pro Tonne höher. Dadurch soll der GBAG ein Verlust von rund 60 Mill. DM im Jahr entstehen. Allein den angeblich „unrentablen“ Kohlenzechen ist es zu verdanken, daß die GBAG im abgelaufenen Geschäftsjahr eine Dividende von 8 v. H. ausschütten konnte.

Zwar stimmte die Socony Mobil Oil 1958 einer Vertragsrevision zu, wonach die GBAG die Hälfte ihres Rohöls billig aus den neuerschlossenen So-

cony-Quellen in Lybien beziehen kann, jedoch mußte der Ruhrkonzern den 1951 abgeschlossenen Vertrag bis zum Jahre 2008 verlängern.

Die Socony Mobil Oil hat sich inzwischen bereit erklärt, die GBAG aus dem Knebelvertrag zu entlassen, verlangt dafür aber die Erhöhung ihres Anteils an der Aral AG von 11 auf 29 v. H. zu Lasten des GBAG-Anteils, der sich dadurch von 47 auf 29 v. H. verringern würde. Außerdem soll die GBAG die Hälfte ihrer Raffinerie Gelsenberg an die Amerikaner verkaufen.

Der Plan der Socony Mobil Oil, die Aral AG in den Griff zu bekommen, scheiterte bisher an der ablehnenden Haltung der anderen Aral-Partner Hibernia (25 v. H.) und Wintershall AG (12 v. H.). Es muß jedoch befürchtet werden, daß diese beiden Gesellschaften einem möglichen Druck der Bundesregierung nachgeben und sich den Forderungen der Amerikaner beugen.

Entscheidung der Vernunft

Christliche Metall- und Bergarbeiter gehen zum DGB

An der Saar Schicksal der Splittergewerkschaft besiegelt

Seit Jahren ist intern von einer Fusion der Christlichen Gewerkschaften an der Saar mit den DGB-Gewerkschaften die Rede. Die lange geführten Gespräche scheinen nun zu einem Ergebnis geführt zu haben. Die regionalen Gewerkschaftsvorstände beschlossen bereits die Fusion; Metallarbeiter und Bergarbeiter scheinen zum Zusammenschluß bereit, und auch in anderen Gewerkschaften wird die Fusion diskutiert. Verständlich, daß aus der Spitze des Christlichen Gewerkschaftsbundes, deren Sitz Köln ist, Proteste laut werden und man ankündigt, an der Saar kommissarische Verwaltung einsetzen zu wollen. Das dürfte ein schwer zu verwirklichendes Vorhaben sein.

Die christlichen Gewerkschaften im Bundesgebiet sind relativ jung. Sie wurden erst 1955 durch Zusammenschluß etlicher ständischer Organisationen und mehr aus politischen als aus „christlichen“ Motiven wieder ins Leben gerufen. Die Opposition des Deutschen Gewerkschaftsbundes, DGB, gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik unter Führung einer sich „christlich“ nennenden Partei, der Aufruf des DGB zur Bundestagswahl 1953: „Wählt einen besseren Bundestag“, hatte die CDU-Politiker, aber auch jene klerikalen Kreise, die sich mit der Einheitsgewerkschaft nie abgefunden hatten, auf den Plan gerufen.

Man stellte dem DGB ein Ultimatum. Die „christlich-sozialen Arbeitnehmer“ forderten vom DGB einen eigenen Gewerkschaftsverband, der föderativ dem DGB angehören sollte, forderten Mandate im DGB-Vorstand und Anteil am Beitragsaufkommen. Der DGB lehnte ab. Das war der Anlaß zur Gründung der Christlichen Gewerkschafts-„Bewegung“ Deutschlands (CGB), die am 26. November 1955 in Bochum ins Leben gerufen wurde.

Man erhoffte sich durch die Unterstützung der CDU und der katholischen Bischöfe eine breite Austrittsbewegung aus dem DGB und schätzte den daraus erwachsenden Zustrom auf mindestens 1,2 Millionen. Aber selbst nach der Eingliederung der Saar, wo sich unter dem französischen Besatzungsregime zunächst nur christliche Gewerkschaften entwickeln konnten und erst im Saarkampf sich freie Gewerkschaften abspalteten, vermochte der Christliche Gewerkschaftsbund im Bundesgebiet durch den Beitritt der Saar-Gewerkschaften keine Bedeutung zu erlangen. Nach dem Geschäftsbericht 1965 zählte der CGB etwa 235 000 Mitglieder, das ist gegenüber den 6,5 Millionen des DGB eine hoffnungslose Minderheit, die weder bei den Tarifbewegungen noch bei den Betriebsratswahlen, den Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherung usw. eine Rolle spielte.

Entscheidend für die Fusionsbewegung dürften allerdings materielle Erwägun-

gen gewesen sein. Die Aussperrung in der Metallindustrie Baden-Württembergs und die Krise im Bergbau führ-

Eindrucksvolle Frühjahrsmesse

Frankreich größter Aussteller aus dem Westen in Leipzig

Das für die zahlreichen ausländischen Besucher Überraschende der diesjährigen Leipziger Frühjahrsmesse war, neben der vorzüglichen Organisation, die Atmosphäre betonter Sachlichkeit. Weder politische Transparente noch politisch überspitzte Ansprachen beeinflussten die Handelsgespräche. Nach Schluß der Messe, die unter dem Motto „Für weltoffenen Handel und technischen Fortschritt“ veranstaltet wurde, stand fest, daß der geschäftliche Erfolg voll befriedigen konnte.

Der Direktor der französischen Kollektivausstellung, die größte übrigens aus dem westlichen Europa, sagte dazu, daß die Entwicklung des Handels zwischen der DDR und Frankreich „uns Franzosen zu recht optimistischen Schlüssen kommen“ läßt. Mit Genugtuung sagte der Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der DDR, daß die Leipziger Messe keine Konkurrenz zu fürchten habe.

Betrachtet man die Entwicklung in den letzten 25 Jahren, so wird diese Auffassung durch zahlreiche Fakten bestätigt. Wurden 1946 nur 2424 qm Ausstellungsfläche von westdeutschen und ausländischen Ausstellern in Leipzig belegt, so waren es 1956 bereits 86 445 und in diesem Jahr 119 790 qm. Die gesamte Messestandfläche hat sich in den 20 Jahren von 26 000 auf 350 000 Quadratmeter vergrößert.

Noch deutlicher zeigt sich der wachsende internationale Charakter an den Ausstellerzahlen. 1946 waren drei ausländische Staaten an der Messe beteiligt, 1956 40 und 1966 schon 70. Zur Frühjahrsmesse 1966 standen 10 439 Ausstellern aus diesen 70 Staaten 17 Messehäuser, 22 Hallen und 25 Ausstellungspavillons mit rund 260 000 qm und ca. 90 000 qm Freifläche zur Verfügung.

Das internationale Interesse an der Leipziger Messe sowie an der Wirtschaft der DDR überhaupt drückt sich

ten den verantwortlichen Funktionären des Christlichen Bergarbeiter- und Metallarbeitervereins — und nicht nur an der Saar — die Ohnmacht der leeren Kassen vor Augen. Sie beschlossen den Zusammenschluß. Die Generalversammlungen beider Verbände werden darüber im April die letzte Entscheidung zu fällen haben.

Für die CGB-Zentrale in Köln und etliche klerikale Ideologen bedeutet diese Entwicklung eine herbe Enttäuschung. Indessen ist die Entscheidung der christlichen Metall- und Bergarbeiter an der Saar, sich in die entsprechenden DGB-Gewerkschaften einzugliedern, die einzig vernünftige. Die gewerkschaftliche Kraft kann dadurch im Interesse der Arbeitnehmer nur gewinnen.

R. D.

in einigen konkreten Zahlen aus. So ist die Außenhandelsstätigkeit der DDR im Jahre 1965 um rund neun Prozent gewachsen. Zu dieser Steigerung trug insbesondere der Export von Maschinen und Ausrüstungen bei. Nach westeuropäischen Ländern erhöhte sich der Export um rund zwölf Prozent, wobei sich besonders der Handel mit Frankreich, Italien, Schweden, Österreich, Belgien, Griechenland und Großbritannien günstig entwickelte.

Eine besondere Bedeutung hat hierbei der gegenseitige Warenaustausch mit der Sowjetunion, der für die Jahre 1965 bis 1970 auf Grund eines langfristigen Handelsabkommens mit über 60 Milliarden Valutamark angegeben wird. Dennoch bleiben viele Möglichkeiten für den Handel der DDR mit westlichen Staaten, der nach einer Statistik der UNO in den letzten beiden Jahren um fast 50 Prozent angestiegen ist. Daß die Handelsbeziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik sich weniger günstig entwickelt haben, wird von der DDR-Regierung bedauert.

Leipzig ist aus dem internationalen Messegewerbe nicht mehr wegzudenken. Die Stadt bietet den Handelstreibenden in der ganzen Welt in ihrer Mittlerfunktion zwischen Ost und West Voraussetzungen, die nicht zuletzt auch geeignet sind, über die wirtschaftlichen Verbindungen zu umfassenderen Beziehungen, auch auf politischem und kulturellem Gebiet zu gelangen.

R. N.

Ist es nun wieder „so weit“?

Die örtlichen Erfolge der nazistischen NPD bei den Kommunalwahlen vom 13. März in Bayern und den Bürgerschaftswahlen am 27. März in Hamburg haben die Demokraten erschreckt aufhorchen lassen. Hier haben sich — mit Duldung des Staates, der Hüter der Demokratie sein sollte — Leute in den politischen Vordergrund geschoben, die demonstrativ für die hingerichteten Nazigrößen Kränze niederlegen und offenbar beabsichtigen, in deren Fußtapfen voranzumarschieren.

Die Häufung von NPD-Stimmen in Städten wie Bayreuth (10,7 Prozent), Nürnberg (7,5), Erlangen (9,5), Schwabach (8,7), Passau (9,2), Ansbach (8,1), Kulmbach (7,4), Kitzingen (7,9) und danach auch in Hamburg (3,9 Prozent) ist ein ganz gefährliches Symptom. Das Ausland ist auch schon hellhörig geworden. Solche Wahlergebnisse bekommt man nicht über Nacht, und sie fallen auch nicht in den Schoß. Dazu gehört schon eine ganze Menge Aktivität. Und diese ist den Neofaschisten offensichtlich gestattet.

Aber da ist noch etwas: Dieser hohe Stimmenanteil der NPD in mittleren und größeren Städten hat auch objektive Ursachen. Während früher die Faschisten das Volk mit Antisemitismus und Antikommunismus aufgeputscht und auf den falschen Weg geführt haben, ist heute der Antikommunismus eine tragende Säule der Regierungspolitik. Die demokratischen Freiheiten, die verantwortlichen Politikern offenbar zuwider sind, weshalb sie sie mit den Notstandsgesetzen zu beseitigen trachten, sind ständig gefährdet. Eine starke Armee wird aufgebaut, und Gebietsforderungen im Osten werden angemeldet.

Müssen angesichts einer derartigen Politik unverbesserliche Faschisten nicht auf den Gedanken kommen, daß es nun wieder „so weit“ ist? Es ist die ganze Atmosphäre in der Bundesrepublik, die die NPD-Erfolge ermöglicht hat.

Erfreulich ist indessen, daß, wie in Nürnberg und in anderen Städten, die Gewerkschafter öffentlich und zum Teil recht nachdrücklich gegen die Neofaschisten aufgetreten sind. Sie haben damit wiederum bewiesen, daß die Demokratie bei ihnen und vor allem bei ihnen in guten Händen ist. Darum sind „Gewerkschaftsinteressen“ wohl auch identisch mit Volksinteressen.

Carsten L., Celle

„Klarer geht's nicht“

Es freut mich sehr, daß Ihre NACHRICHTEN erscheinen. Ihre Artikel sind vielleicht in mancher Hinsicht nicht gerade geeignet, sich des Wohlwollens führender Politiker zu erfreuen. Als Arbeiter, langjähriges Mitglied der IG Metall und Mitglied der Sozialdemo-

kratischen Partei wäre es mir wünschenswert, wenn diese Zeitschrift von allen Gewerkschaftskollegen abonniert und gründlich gelesen würde. Hier würde der Werbespruch: „Weißer geht's nicht“ in der Abwandlung: „Klarer geht's nicht!“ eine bessere Formulierung sein. Weiter so und viel Erfolg! Ich möchte die NACHRICHTEN ab sofort bestellen.

Hans M., Dortmund-Grevel

briefe...

„Keinen Mann und keinen Groschen“

Unsere erste ordentliche Vertreterversammlung der IG Metall, Ortsverwaltung München, hat Anfang März zwei Entschlüsse angenommen, deren Inhalt ich Ihnen zur Kenntnis gebe.

Die eine Resolution wendet sich im Namen von 43 000 Münchener IG-Metall-Mitgliedern gegen die Beteiligung der Bundesrepublik am Vietnam-Krieg. Wörtlich heißt es darin: „Wir fordern: Keinen Mann und keinen Groschen für ein Regime, das vom Volk gehaßt wird und dessen Regierungsoberhaupt sich für Hitler wünscht. Wir müssen alles in unserer Macht Stehende tun, um den Weltfrieden zu erhalten und die Gefahr einer atomaren Katastrophe abzuwenden... Wir fordern unverzüglich Verhandlungen auf der Grundlage des Genfer Vietnam-Abkommens von 1954, denn in Vietnam gibt es keine militärische Lösung.“

Die weitere Entschlüsse entbietet dem 7. DGB-Kongreß in Berlin die besten Grüße und Wünsche der Münchener Metall-Gewerkschafter. Die Kollegen erwarten von den Kongreß-delegierten, daß sie die gleiche ablehnende Haltung in bezug auf jede Art von Notstandsgesetzen an den Tag legen, wie sie in den Beschlüssen des 6. DGB-Kongresses zum Ausdruck gekommen ist. „Diese Verpflichtung gilt insbesondere für unsere Metall-Delegierten“, heißt es wörtlich.

H. K., München

Blick in die Welt

Einheitsbestrebungen französischer Gewerkschaften

Vertreter des französischen Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (CGT) und der Demokratischen Arbeiterföderation (CFDT) haben sich zu einer zweiten Aussprache über eine Koordinierung ihrer Gewerkschaftspolitik getroffen. In einem Kommuniqué erklären beide Verbände, daß sie sich nach einem Vergleich ihrer Standpunkte auf folgende gewerkschaftspolitischen Ziele geeinigt haben:

1. Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie Erhöhung der Kaufkraft der Arbeitnehmer. Dazu sollen die Verhandlungen über die Höhe der Löhne und Gehälter sowie über die Arbeitsbedingungen, insbesondere über die Verkürzung der Arbeitszeit im öffentlichen und im privaten Sektor gemeinsam geführt werden.

2. Erweiterung der gewerkschaftlichen Rechte in den Betrieben (gewerkschaftliche Immunität der Betriebsratsmitglieder, Versammlungsrecht, Recht auf Veröffentlichung von Bekanntmachungen, auf Beitragserhebung und Verbreitung der Gewerkschaftspresse).

3. Kürzung der unproduktiven Ausgaben zugunsten höherer staatlicher Investitionen entsprechend den Erfordernissen des Wohnungsbaus, der Bildung und der Volksgesundheit.

4. Garantie des Rechts auf Arbeit durch die Schaffung neuer Industriezweige, die vom Staat finanziert werden und ihm unterstehen.

5. Umgestaltung des Steuerwesens, die insbesondere durch die Senkung der auf den kleinen Einkommen lastenden Steuern, durch die Abstufung der Steuern entsprechend der Höhe und der Art des Einkommens, durch effektive Möglichkeiten, gegen Steuerhinterziehungen vorzugehen, zum Ausdruck kommen soll.

Cl.

Fusionsgespräch in Italien

Nach einer dpa-Meldung ist zwischen den Gewerkschaften der verschiedenen politischen Richtungen (mit Ausnahme der neofaschistischen Gewerkschaftsorganisation) ein Gespräch über eine Fusion in Gang gekommen. Zwar ist in naher Zukunft mit einem Zusammenschluß der Gewerkschaften noch nicht zu rechnen, jedoch wird die Möglichkeit einer Fusion keineswegs als utopisch angesehen. Gesprächspartner sind dabei die kommunistisch-sozialistische CGIL als stärkste Gewerkschaft, die christlich-demokratische CISL und die sozialdemokratische UTL.

Der gesamtdeutsche Dialog beginnt

Das beginnende ost-westdeutsche Gespräch wird von der Gewerkschaftspresse begrüßt. Das Organ der IG Bergbau und Energie, „Einheit“, bringt in der zweiten März-Ausgabe vom 15. 3. 1966 einen Beitrag ihres Bonner Korrespondenten Jelonneck, worin es heißt:



„Herbert Wehner ... hat inzwischen eine Weiche gestellt. „Punkt für Punkt“ wird der „Offene Brief“, den Ulbricht an die SPD geschrieben hat, in der zweiten Märzhälfte beantwortet. Das ist etwas absolut Neues.

Bisher flogen die Briefe aus Pankow regelmäßig in den Papierkorb. Kenner der Materie empfinden die Wandlung als sensationell – und zwar vor allem darum, weil sich bisher kaum jemand anschickte, die SPD ob ihrer Gesprächsbereitschaft zu verkeltzen. Nun wird man also mit der SED über die Mauer hinweg reden, vorausgesetzt, daß jedermann in beiden Teilen Deutschlands jeden Satz und jedes Wort aller Diskussionssteilnehmer zu lesen und zu hören bekommt“, wie es Herbert Wehner fordert.

Man hat ganz den Eindruck, als rüste sich auch die „DDR“ auf den Dialog mit dem Westen. Ost-Berlin baut Zug um Zug sein kürzlich eingerichtetes „Staatssekretariat für gesamtdeutsche Fragen“ weiter aus. Staatssekretär Hermann beschäftigt mittlerweile einen Stab von jungen Leuten, die zwar als linientreue Kommunisten gelten, nichtsdestoweniger aber als elastische Pragmatiker auftreten und allem ideologisch überzogenen Gefasel abhold sind. Von dort kommen stocknürnen Vorschläge zur Verbesserung des Verkehrs, der Wirtschaft, der Kultur, des Sports zwischen hüten und drüben. Das ist neu. Mit dem Ostberliner Staatssekretär soll man nicht reden, weil es dann heißen könnte, die Bundesrepublik habe die Zwei-Staaten-Theorie akzeptiert? Die SPD meint, man solle ihm gefrost von westlicher Seite her einen Gesprächspartner geben, der in sachverständiger Klarheit die Auffassung des freien Teils Deutschlands vertritt.“

Öffentlichkeit wird über Notstandspläne getäuscht

Die Gewerkschaftszeitung „Metall“ Nr. 6 vom 22. März 1966 kritisiert die Politik der Geheimgespräche über die Notstandsgesetze und gibt gleichzeitig einen eigenen Antrag zu dieser Frage an den bevorstehenden DGB-Bundeskongreß bekannt:



„Die Verhandlungen einer Elfer-Kommission (9 Bundeslagsabgeordnete und 2 Länderminister) mit Bundesinnenminister Lübke über die Notstandsgesetzgebung gehen nach wie vor hinter verschlossenen Türen voran. Es drängt sich immer mehr der Eindruck auf, daß die Öffentlichkeit bewußt nicht erfahren soll, was hier vorbereitet wird. Die Gewerkschaften aber können nicht auf eine offene Diskussion verzichten. Der Vorstand der IG Metall hat zum bevorstehenden Bundeskongreß des DGB eine Entschließung eingebracht. Sie bezeichnet es als einen Erfolg gewerkschaftlicher Haltung, daß bislang eine verfassungsändernde Notstandsgesetzgebung und die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht verhindert wurde. Es heißt dann wörtlich weiter:

„Die Gewerkschaften lehnen auch weiterhin jede Notstandsgesetzgebung ab, welche die demokratischen Grundrechte einschränkt und besonders das Versammlungs-, Koalitions- und Streikrecht der Arbeitnehmer und ihrer gewerkschaftlichen Organisationen bedroht. Nach wie vor wenden sie sich vor allem gegen eine allgemeine

Dienstverpflichtung und die dafür erforderliche Abänderung des Artikels 12 Absatz 2 des Grundgesetzes, der eine allgemeine Zwangsarbeit verbietet.“

Die Tabus müssen endlich fallen

Für die Diskussion eines realistischen Weges zur Wiedervereinigung setzt sich die Gewerkschaftszeitung „Metall“ Nummer 5 vom 8. März 1966 ein. Das Blatt knüpft an die Diskussion um die „geheime Studie“ des Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen an und schreibt:



„Wiedervereinigung ist – wenn überhaupt – nur denkbar als nationale Einheit des Volkes in den beiden deutschen Teilstaaten. Die Gebiete östlich von Oder und Neiße stehen dabei außer Diskussion. Das ist für Menschen, die nur halbwegs die politischen Zusammenhänge in der Welt überblicken, seit langem eine Binsenweisheit. Und doch muß es als Sensation gewertet werden, daß diese gewiß bittere Wahrheit erstmals in einem amtlichen Schriftstück der Bundesregierung klipp und klar ausgesprochen wird.

Wie nicht anders zu erwarten, hat besagte Planstudie des Gesamtdeutschen Ministeriums den üblichen großen Wirbel der Vertriebenen-Verbände ausgelöst. Erneut wurde das böse Wort von der „Verzichtspolitik“ strapaziert. Bonn hätte eigentlich den geringsten Grund, sich darüber zu beklagen. Denn seine offizielle Politik hat lange Jahre eifrig mitgewirkt, jene Mauer gefährlicher Illusionen aufzurichten, die nun endlich ins Wanken gerät.

Geheime Planstudien mögen zur Vorbereitung eines Wandels der Politik gewiß gute Dienste tun. Letztlich unerlässlich aber ist doch, daß die Tabus fallen, die bisher einer offenen Diskussion über die Frage der Ostgrenze entgegenstanden. Die Kirchen haben mit der EKD-Denkchrift und dem Brief der katholischen Bischöfe einen Anfang gemacht. Je eher wir alle die Diskussion aufnehmen, um so besser. An den harten Konsequenzen führt ohnehin kein Weg vorbei.“

Der gute Herr Hitler ...

Mit der vorhaltenden Verherrlichung Hitlers und des Tausendjährigen Reiches, wie sie in manchen Schulbüchern grassiert, befaßt sich Bert Engelmann in der April-Ausgabe der „Gewerkschaftspost“ der IG Chemie-Papier-Keramik. Engelmann deutet die innere Einstellung der Geschichtsbuchautoren und jener Institutionen, die solche Bücher zu begutachten haben:



„Hin- und hergerissen zwischen ihrem heimlichen Wunsch und der Angst vor Entdeckung, zeichnen sie dann der bundesdeutschen Jugend Hitlerporträts wie dieses: „Adolf Hitler“, heißt es im „Grundriß der Geschichte“ des Stuttgarter Klett-Verlages, erhielt 1914 das EK II und 1918 das EK I. Und er war auch sonst ein Mordskerl, dem das Verdienst gebührt, „der drohenden kommunistischen Gefahr ... mit dem Zugriff“ ein Ende bereitet zu haben. Leider wurde er dann „von dämonischen Kräften getrieben“, und „so wurde alles Positive, was er schuf, aller Auftrieb, den er den Deutschen gab, von der Dämonie verschlungen und ins Gegenteil verkehrt ...“

So kam es dann nach „Lebensraumerweiterung“, „heldenhaftem Ringen“ und „Höchstleistungen“ im Jahre 1945 nicht etwa, wie man hätte glauben können, zu einer Befreiung, zumindest von dem Dämon, wenn nicht von der schrecklichsten Diktatur der modernen Geschichte, sondern zur „la-

talen Niederlage“; es gab keinen Sieg über den Faschismus, kein Ende des grausamen Massenmordes, sondern nur den „völligen Zusammenbruch“ Deutschlands.

Angesichts solcher Art von Geschichtsdarstellung braucht man sich nicht zu wundern, daß amerikanische Sozialologen bei unmittelbaren Untersuchungen in bundesdeutschen Schulen zu dem Ergebnis gekommen sind, daß „heute schon wieder das Gift des Nationalismus und Rassismus in den jungen Köpfen steckt“.

Neofaschisten sammeln sich

Im März-Heft der DGB-Funktionärszeitschrift „Die Quelle“ wird auf die zunehmende Aktivität der Rechtsextremisten in der Bundesrepublik aufmerksam gemacht, wobei vor allem die NPD eine Rolle spielt:



„Es kann mit einigem Vorbehalt wohl schon jetzt gesagt werden, daß sich die NPD – mehr als es die DRP jemals vermocht hat – zu einem Sammelbecken des zersplitterten Rechtsradikalismus entwickeln wird. In der Bundesrepublik befassen sich etwa 40 organisationsgebundene Verlage und Buchdienste – zumindest teilweise – mit der Herausgabe oder Verbreitung rechtsextremer Publizistik. Hinzu kommen etwa zehn freie Verlage mit regelmäßig erscheinenden Wochenzeitschriften, Magazinen und Informationsdiensten. Im Jahre 1965 dürften die Auflagenzahlen wiederum leicht gestiegen sein. Es unterliegt keinem Zweifel, daß gewisse Organe unter geschickter Ausnutzung der Pressefreiheit der Bundesrepublik im In- und Ausland Schaden. Sie zielen in ihrer Berichterstattung offensichtlich darauf ab, Emotionen zu wecken und Haßgefühle aufrechtzuerhalten. Alles in allem liegt in der rechtsextremen Publizistik – eingeschlossen die Kriegs- und sonstige Memorialliteratur – eine potentielle Gefahr, die niemand im voraus kalkulieren kann.“

Der Feind steht rechts

Die Nationaldemokratische Partei (NPD), die eindeutig als Nachfolgeorganisation der Nazis gewertet werden muß, profitiert vor allem von dem schlechten politischen Klima in der Bundesrepublik. Zu dieser Auffassung gelangt die Zeitung der IG Chemie-Papier-Keramik, „Gewerkschaftspost“, in ihrer April-Ausgabe:



„Die NPD ist keine arme Partei. Ihre aufwendige Propaganda beweist es. In den Vorständen der NPD-Landesverbände sitzen Fabrikanten, Kaufleute, Anwälte, Ärzte, Gymnasiallehrer, alte und neue Soldaten. Darunter Leute, deren NS-Dienststränge bekannt sind, weswegen sich die Partei als nationaldemokratisch zu tarnen versucht. Doch liest man ihre Publikationen, hört ihre Redner, dann weiß man, daß hier nazistische Biaritzstrategen – darunter Akademiker ohne jegliche politische Bildung – ausgezogen sind, die niedrigsten nationalitätlichen und antisemitischen Instinkte zu aktivieren. Die NPD ist eindeutig eine Nachfolgeorganisation der Nationalsozialisten. Daß man dieses feststellen kann, hat erst unlängst ein Konstanzener Gericht bestätigt. Deshalb läge es nahe – wie im Falle der SRP – nach dem Verfassungsgericht zu rufen und das Verbot dieser Partei zu fordern. Doch wäre damit das Problem gelöst?

Nach ist die NPD keine unmittelbare politische Gefahr. Alle demokratischen Parteien lehnen sie ab. Man sollte jedoch nicht übersehen, in welcher zunehmendem Maße das politische Klima der Bundesrepublik für rechtsextremistische Gruppen zuträglich ist, schon weil der „Erbsind“ links stehen soll.“

■ 9.—14. Mai

7. Kongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin

■ 31. Mai — 4. Juni

Kongreß der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Hamburg

■ 4. Juni

75-Jahr-Feier der IG Metall in Frankfurt

■ 20.—25. Juni

Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden in Bremen

■ 28. August — 2. September

Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz in München

■ 4.—9. September

Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik in Dortmund

■ 11.—16. September

Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten in Bremen

■ 13.—16. September

Betriebsräte- und Vertrauensleutekonferenz der IG Metall in Karlsruhe

Walter Fabian

zum Honorarprofessor ernannt

Dr. Walter Fabian, der Chefredakteur der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“, ist vom Hessischen Kultusminister zum Honorarprofessor an der Hochschule für Erziehung an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt ernannt worden.

Zu guter Letzt:

Das Landessozialgericht Kiel hat einer 1963 aus der DDR in die Bundesrepublik übergesiedelten Frau die beantragte Rente wegen Berufsunfähigkeit abgelehnt. Die Frau, die in der DDR als Schneiderin gearbeitet und ab 1962 dort Rente wegen Berufsunfähigkeit bezogen hatte, erhielt in der Bundesrepublik lediglich ein vorgezogenes Altersruhegeld, das erheblich niedriger ist. Im Ablehnungsbescheid des Kieler Landessozialgerichts hieß es, die Frau könne noch leichte Arbeit verrichten. Die „unterschiedliche Rechtsentwicklung“ in Ost- und Westdeutschland bedinge, daß die Voraussetzungen für die Rentengewährung nicht mehr identisch seien. — Was für die Schneiderin aus der Ferne einmal wie „goldener Westen“ ausgesehen hatte, entpuppte sich aus der Nähe nur als Messing.

Die Stellung der „Gastarbeiter“

Ausländer verdienen 8 Milliarden DM

und zahlen 650 Millionen DM Steuern

Seit etwa zehn Jahren werden in der Bundesrepublik ausländische Arbeitskräfte beschäftigt. Die Zahl der sogenannten Gastarbeiter betrug 1957 rund 100 000. Aber bis zum Jahre 1965 ist ihre Zahl auf fast 1,2 Millionen angestiegen. Damit erreichte die Zahl der ausländischen Arbeiter fünf Prozent der Gesamtzahl der Beschäftigten.

Es ist nicht zu bestreiten, daß der größte Teil der in der Bundesrepublik beschäftigten ausländischen Arbeiter an Arbeitsplätzen tätig ist, die von den deutschen Arbeitnehmern verlassen wurden, d. h. Arbeitsplätze, die einen besonders hohen körperlichen Einsatz erfordern oder aus sozialen Prestigegefühlen von den einheimischen Arbeitnehmern nicht gerade beliebt sind. Die Lohnsumme, die den ausländischen Arbeitnehmern ausgezahlt wird, beträgt rund acht Milliarden DM im Jahr. Davon nimmt die öffentliche Hand etwa 650 Millionen DM als Steuern in Anspruch. Aber nicht nur Bund, Länder und Gemeinden profitieren von den Gastarbeitern, auch die gesetzliche Rentenversicherung ist Nutznießer der Ausländerbeschäftigung.

Die Tatsache, daß die ausländischen Arbeitnehmer einen großen Teil ihres Einkommens mit in ihre Heimat nehmen bzw. dahin überweisen, bedeutet, daß sie mehr produzieren als konsumieren. Insofern entsteht für unsere Volkswirtschaft ein nicht unbeträchtlicher Nutzen. Der hierdurch bedingte Aufschlag an der Konsumgüternachfrage wird auf 1,5 bis 1,7 Milliarden DM geschätzt.

Die ausländischen Arbeitskräfte müssen zu denselben Lohn- und Arbeitsbedingungen beschäftigt werden wie die einheimischen Arbeitnehmer. Das verdanken die Gastarbeiter nicht zuletzt dem energischen Eintreten des Deutschen Gewerkschaftsbundes für die tarifliche Gleichberechtigung. Ein großer Teil der Gastarbeiter andererseits hat diese Hilfe der deutschen Gewerkschaften damit quittiert, daß er sich gewerkschaftlich organisiert.

Die Gleichberechtigung der ausländischen Arbeiter in bezug auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen findet aber kein Beispiel hinsichtlich ihrer Stellung in der Öffentlichkeit. In vielen Fällen haben beispielsweise die Gerichte eingreifen müssen, wenn ausländische Arbeiter menschenunwürdig untergebracht oder wenn ihnen von verantwortungslosen Vermietern Wuchermieten abgenommen wurden.

Notwendig ist Verständnis und Toleranz gegenüber der Mentalität jener Menschen, die aus anderen Ländern kommen und mit anderen Sitten und Gebräuchen groß geworden sind. Das ist oft sehr schwer, aber Überheblich-

keit ist die schlechteste Methode, die Gastarbeiter zu veranlassen, sich unseren Lebensgewohnheiten anzugleichen.

Ebenso haben die ausländischen Arbeitnehmer das Recht auf eine eigene politische Meinung und sie in dem durch die Gesetze abgesteckten Rahmen in ihrem Kreis zu äußern. Es ist vielen Gastarbeitern ein Ärgernis, wenn ihnen dieses Recht abgesprochen und unterstellt wird, die Bundesrepublik „kommunistisch unterwandern“ zu wollen.

Die gleichen Schwierigkeiten und Probleme, die in der Bundesrepublik mit der anwachsenden Zahl ausländischer Arbeitskräfte auftreten, sind auch der Schweiz bekannt. In einem im EVZ-Verlag Zürich herausgegebenen Buch von Alexander J. Seiler mit dem Titel „Die Italiener“, zu dem der bekannte Schweizer Schriftsteller Max Frisch ein Vorwort geschrieben hat, wird sehr anschaulich geschrieben, wie schwer es den Italienern in der Schweiz gemacht wird, die gesellschaftliche Diskriminierung zu überwinden und wenigstens eine menschliche Anerkennung zu finden. Das lesenswerte Buch, das in Deutschland durch den Chr.-Kaiser-Verlag, München, zu beziehen ist, kostet broschürt 14,80 DM und ist jedem zu empfehlen, der mit dem hier aufgezeigten Fragenkomplex zu tun hat. sr

25 000 „Neue Heimat“-Wohnungen

Die gewerkschaftliche Baugesellschaft „Neue Heimat“, Hamburg, war im Jahre 1965 mit 23 300 Wohnungen am Wohnungsbauergebnis der Bundesrepublik beteiligt. Das sind fast 3,5 Prozent des Gesamtbauvolumens.

nachrichten

Die NACHRICHTEN erscheinen einmal im Monat
Herausgeber: Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen,
Erlenweg 3/9
Telefon 3638 Postcheckkonto Stuttgart 960 19
Redaktioneller Mitarbeiter:
Gerd Siebert, Hamburg
Für den Inhalt der Briefe
kann keine Verantwortung übernommen werden
Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt
besteht kein Ersatzanspruch
Druck: Max Kristeller, 2 Hamburg 50,
Winterstraße 9-11
Einzelhefte 0,75 DM; Halbjahres-Abonnement
4,50 DM plus 0,90 DM Zustellgebühr
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet